

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährlich . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Abstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlieferung der
Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Donnerstag, 4. Jänner 1923.

Nr. 2.

Udrzal.

Wenn künftige Geschichtsschreiber von rauen Kriegern unserer Lage berichten werden, so wird der Name Udrzal dabei nicht fehlen. Wir wissen wohl nicht, ob Herr Udrzal jemals höchstpersönlich dem Kriegerhandwerk obgelegen hat; wenn dies der Fall war, so hat jedenfalls seine kriegerische Laufbahn kein sonderlich blutiges Ende genommen, denn das kann nur im alten Oesterreich zu friedlichen Zeiten gewesen sein, wo ihm keine Gelegenheit geboten war, die inneren und äußeren Feinde zu Paaren zu treiben. Auch dürfte es Herr Udrzal in seiner militärischen Karriere kaum höher als zum Feldwebel in der österreichischen Armee gebracht haben. Aber das hindert nicht, daß er Minister für nationale Verteidigung geworden ist, denn die einzige Art der Geltung der Demokratie hierzulande besteht darin, daß die Unfähigkeit nicht gehindert ist, die höchsten Stellen im Staate zu erklimmen. Welche militärischen Kenntnisse aber Herr Minister Udrzal auch immer für sein Amt mitgebracht haben mag, jedenfalls steht fest, daß es kaum jemanden gibt, der militärbegeisterter wäre als er.

Aus allen Äußerungen des Herrn Ministers Udrzal gewinnt man denselben Eindruck: wie sich ehemals so ein alter österreichischer Kommissknopf in Generalsuniform geräuspert und gespuckt, das hat ihm Udrzal getreulich abgeduckt. Man steht fassungslos vor dem Phänomen, wie rasch sich dieser tschechische Revolutionär a. D. und Gegner des österreichischen Militarismus die militärische Phraseologie angeeignet hat, welche den Militarismus als das Glück und Heil der Staaten und Völker preist.

Das wird besonders aus einer Rede ersichtlich, welche Herr Udrzal zu Weihnachten in Pardubitz gehalten hat. Mit tiefdurchdringendem Blick hat Udrzal den Welthorizont geprüft und was er da sah, zwang ihn, seine Stirn in ernste Sorgenfalten zu legen. Ueberall sieht er, daß der von Wilson, der eine Zeitlang für die Tschechoslowakei eine Art Nationalheiliger war, verkündete Weltfrieden ausgeblieben ist, und daß fast alle Staaten im Rufen wieder wetteifern. Nicht einmal auf Frankreich mag sich Udrzal mehr verlassen, denn „wir wissen nicht, wer dort schließlich siegen wird“. In der Besorgnis vor dem Abwärtswand der französischen Militärpartei eröffnet sich Udrzal aber ein erfreulicher Lichtblick: der schöne Stand des herrlichen Kriegsheeres der Tschechoslowakei! Wir werden, so sagte darum Udrzal, in Zukunft soviel bedeuten, als unsere Kraft reichen wird! Und diese Kraft sieht er in tschechoslowakischen Heere! Es wäre ein „trägerisches Phantom“, wenn wir glaubten, mehr zu bedeuten; woraus sich die logische Schlussfolgerung ergibt, daß die Macht der Tschechoslowakei umso größer sein wird, je mehr Bajonette und Kanonen sie ihr eigen nennt. Und er bellamierte weiter: „Die Wehrmacht, repräsentiert durch die Nation, ist uns deren wirtschaftliche und kulturelle Tüchtigkeit, deren moralische Höhe“. Offenbar ist auch die Wirtschaftskrise nur darauf zurückzuführen, daß wir noch zu wenig Soldaten haben!

Man halte das, was wir hier sagen, nicht für Ironie, denn der Herr Minister Udrzal sagte in Pardubitz wörtlich: „Wie untrennbar die innere mit der äußeren Politik verbunden ist, zeigte sich heuer bei den Sedlezer Manövern, (!!) welche im Beisein der Vertreter der Weltstaaten abgehalten wurden. Ihre Wirkung war sofort an unserer — Valuta (!!) zu sehen.“ Da zerbrechen sich Finanz- und Wirtschaftspolitiker die Köpfe, wie Finanzen und Wirtschaft zu heilen wären! Udrzal hat doch das Universal-Gesundungsmittel sozusagen im Handumdrehen entdeckt: mehr Soldaten und mehr Manöver im Beisein der „Vertreter der Weltstaaten“ und unsere Valuta wird bald die Höhe des amerikanischen Dollars erreicht haben!

Herr Udrzal sagte dann noch vieles, was geeignet ist, auf die Nachwuchseln einzuwirken,

aber er verstieg sich auch zu einer Leistung, die ernst zu werten ist und die sogar bei dem sonst militärfremden „Pravo Lidu“ auf so heftige Bedenken stößt, daß es sie zum Anlasse nimmt, Herrn Udrzal daran zu erinnern, daß er nach Aufdeckung der bis ins Landesverteidigungsministerium reichenden Spionagereise eigentlich verpflichtet wäre, seine Demission zu geben und im Parlamente die Vertrauensfrage zu stellen. Udrzal sprach von dem Gesetze über die Wehrerleichterungen, durch welches von den Rekruten, welche ihre Familien ernähren, in jedem Assistentenjahrgange 4000, insgesamt also 8000 dauernd zu beurlauben sind, und sagte: „Nach dem Wehrerleichterungsgesetz werden wir einige tausend Urlauber entlassen. Die Gewissenhaftigkeit zum Staate aber gebietet uns, diesen Abgang bei den nächsten Assistentierungen zu ergänzen. Diejenigen, welche dem nicht zustimmen wollten, haben kein Recht, von Gewissenhaftigkeit zum Staate zu sprechen.“ Das ist tatsächlich starker Tabak! Das „Pravo Lidu“ weist es sehr entschieden zurück, daß der Minister sich unterfängt, an die politischen Parteien wie an Schulkinder gute oder schlechte Noten zu verteilen, und nennt diese Ausführungen eine Dreistigkeit, da Udrzal das Gesetz falsch auslegt, wie es eben die hinter ihm stehenden Offiziere des Landesverteidigungsministeriums ihm einbläsen. Das Gesetz schreibt vor, daß die Zahl der Soldaten des Heeres um die Zahl der Beurlaubten zu vermindern sei, der Minister wolle aber einen Betrag verüben und willkürlich durch Erhöhung der Zahl der Assistentierten den Sinn und Zweck des Gesetzes fälschen.

Der englisch-französische Gegensatz.

Das Reparationsprogramm Poincarés und Bonar Laws.

Nunmehr liegen die Vorschläge im Wortlaut vor, die Poincaré und Bonar Law der Dienstag eröffneten Konferenz der Ministerpräsidenten der Entente unterbreitet haben. Die beiden Programme weichen im Grundsätzlichen und Wesentlichsten so stark voneinander ab, daß an eine Vereinigung der Gegenjäger im Kompromißwege kaum gedacht werden kann. Ein Havastelegramm spricht denn auch von der Enttäuschung der französischen und belgischen Konferenzteilnehmer und deutet an, daß die französische Regierung nicht einwilligen werde, auch nur eine Ausprägung einzuleiten auf Grund eines Planes, welcher den von Frankreich aufgestellten Grundsatz: „Kein Moratorium ohne Pfänder“ unberücksichtigt lasse.

Da der englische Vorschlag tatsächlich gegen diese Forderung Stellung nimmt, würde deren schroffe Durchführung einem Abbruch der Konferenz und eine durch keinerlei Rücksichten mehr gehemmte Sönderaktion Frankreichs zur Folge haben. Bezeichnenderweise schließt denn auch die Havastelegramm mit der Drohung: „Falls der französische Standpunkt nicht zugelassen würde, hält man dafür, daß Frankreich sich wahrscheinlich entscheiden würde, selbständig vorzugehen, um den Respekt für seine Rechte zu erzwingen.“ Der Trost, daß Frankreich, wenn es so handelt, vor aller Welt als der böse Geist Europas dastehet, würde Deutschland verwehrt wenig nützen. Denn an eine Abwehr der französischen Zwangsmassnahmen durch die Lat denkt England nicht, und so würden sie sich denn ungehindert auf deutschem Boden, am Rhein und im Ruhrgebiet, vollziehen. Die deutsche Wirtschaft und die deutsche Einheit wären dem Todesstoß wehrlos preisgegeben.

Im Nachstehenden lassen wir die Vorschläge Poincarés und Bonar Laws im Auszug folgen:

Der französische Vorschlag.

Was die Lösung des Problems der Reparationen und interalliierten Schulden anbelangt, akzeptiert Frankreich keine Herabsetzung des Reparationsbetrages und will eine solche „nur

Der gewaltig gesteigerte militaristische Appetit des Herrn Udrzal — der gerne der tschechoslowakische Mars sein möchte, zu dem er sich schon durch seine äußere Erscheinung prädestiniert glaubt — zeigt sich auch sonst bei jeder Gelegenheit. Udrzal hat in Pardubitz und jüngst auch im Budgetausschusse des Senates sich gegen das Milizsystem gewendet, das er, als „zu teuer“, für undurchführbar hält. Auch bedeuete dieses System die Verwaffnung der dem Staate feindlichen Deutschen und Magyaren, wie auch der Volkshewisen. Das stehende Heer sei zum Schutze gegen die „inneren und äußeren Feinde“ und zur „Erhaltung des Friedens“ notwendig. Haben die Politiker der Vorkriegszeit, ehe sie die Völker in den Krieg führten und sie im Elend, Wahnsinn und Tod verreden ließen, nicht genau so gesprochen? Haben sie in ihren Reden nicht stets beteuert, daß ihnen nichts mehr am Herzen liege, als die „Erhaltung des Friedens“ durch steigende Rüstungen?

Der Herr Minister Udrzal will das Heer auch zum Schutze gegen den „inneren Feind“ benützen. Nicht immer haben Minister so klipp und klar herausgeplaudert, zu welchem Zweck die Söhne des Volkes auf Jahre hinaus in den Waffenrock gesteckt, ihrer Arbeit und ihren Familien entzogen werden. Der „innere Feind“, das sind wohl die Arbeiter und die entrechteten nichttschechischen Nationen im Staate, sie können für diese Offenheit nur dankbar sein. Sie wissen nun, woran sie sind! Viel weniger Dankbarkeit dürften ihm dafür die „Staatsverhaltenden“ Parteien entgegenbringen, von denen mancher bald vor Udrzal gelinde grauen dürfte.

Zolleinnahmen im besetzten Gebiete und der Einnahmen der Hauptzollämter im Ruhrgebiete vor, wobei kein Zollfordern im wahren Sinne des Wortes gefordert wird. Als weitere Strafen sind gedacht die Beschlagnahme der Kohlensteuer im besetzten Gebiete und im Ruhrbeden und die Verweigerung des durch die Einhebung der Zölle und der Kohlensteuer erzielten Betrages in Papiermark. Führt Deutschland dieses Programm nicht durch, sollen folgende Strafmaßnahmen unverzüglich und automatisch in Wirksamkeit treten: 1. Militärische Besetzung des Ruhrgebietes und des Essener Kreises, sowie von Teilen des Ruhrbedens und 2. Einführung eines Zollforderns an der Ostgrenze des gesamten besetzten Gebietes.

Der englische Reparationsplan

verlangt, daß die auf Grund des Friedensvertrages eingegangenen deutschen Verpflichtungen, abgesehen von gewissen Sachleistungen, für vier Jahre annulliert werden. Es werden festgesetzt, zwei Milliarden Goldmark oder hundert Millionen Pfund jährlich für die nächsten vier Jahre, zweieinhalb Milliarden Goldmark oder 125 Millionen Pfund jährlich für die folgenden zwei Jahre, nach zehn Jahren dreieinhalb Milliarden (166 Millionen Pfund) oder eine kleinere Summe, aber nicht weniger als zweieinhalb Milliarden, wenn sie von einem unparteiischen Tribunal festgesetzt wird, falls die überwachende Behörde sich dafür entscheidet, daß der Stand der deutschen Finanzen vor dem Ende der vierjährigen Anfangsperiode ein solcher ist, daß Verzinsungen für Reparationszwecke geleistet werden können. Die Obligationen sollen die Form fünfprozentiger Bonds haben, welche ratenweise im Laufe von 32 Jahren getilgt werden würden. Die im Plane vorgesehenen Bonds sollen nicht auf den Markt gebracht werden, sondern lediglich zur Verrechnung dienen, um Deutschland eine wirkliche Gelegenheit zu geben, sein budgetäres Gleichgewicht wiederherzustellen.

Der Plan wird Deutschland unter der Bedingung angeboten werden, daß es unternimmt: 1. die Mark zu stabilisieren im Einklang mit den im Wehrheitsberichte der ausländischen Sachverständigen enthaltenen Empfehlungen und das budgetäre Gleichgewicht innerhalb einer noch vorzuschreibenden Frist wiederherzustellen; 2. eine finanzielle Überwachung anzunehmen, welche die pünktliche Durchführung dieser Reformen sichert. 3. Falls Deutschland nach der Erklärung der überwachenden Autorität die Bedingungen nicht einhält, oder seine jetzt revidierten Verpflichtungen nicht erfüllt, hätte es sich gegenwärtigen Maßnahmen zu unterwerfen, die von den alliierten Mächten einstimmig für notwendig erachtet würden und die eine gewalttätige Erfassung von deutschen Einnahmen und Beständen und die militärische Besetzung deutschen Gebietes außerhalb der bestehenden Besetzungszone umfassen.

Unter der Voraussetzung, daß der obige Reparationsplan angenommen wird, werden die folgenden Vorschläge zur Regelung der interalliierten Schulden gemacht: 1. Die jetzt von Großbritannien als Sicherheit für die interalliierten Schulden gehaltenen Golddepots sollen für die Herabsetzung dieser Schulden verwendet werden. 2. Die erste Serie deutscher Bonds, die Frankreich, und die 1 einhalb Milliarden der ersten Reihe von Bonds, welche Italien als Reparationsanteil erhält, sollen an Großbritannien überschrieben werden; 3. Die Last der Nettoschulden unter den europäischen Alliierten für Vorschüsse zur Fortsetzung der Kriegsführung ist gänzlich abzuschreiben.

Der Gegensatz zwischen den Vorschlägen, der im Streit um die Dauer des Moratoriums, um Beibehaltung oder Herabminderung der Reparationssumme, um Beschlagnahme oder Vermeidung von Pfändern und um militärische Maßnahmen hervortritt, macht die Meldung des „Daily Mail“ aus Paris verständlich, daß die britische Delegation heute offiziell von der französischen Regierung werde verständigt werden, daß der englische Reparationsplan summarisch verworfen werde. Die Delegation sei gestern abends inoffiziell darauf aufmerksam gemacht worden, daß Poincaré nicht in der Lage sei, den Plan auch nur als Grundlage zur Erörterung anzunehmen. Die Lage sei ernst und verwirrt. Auf der Zusammenkunft der britischen Delegation, die bis Nitternacht dauerte, wurde erwidert, ob der französische Plan durch Änderungen für die britische Regierung annehmbar gemacht werden könne.

dann in Erwägung ziehen, wenn die Alliierten die Möglichkeit eines anderen Vorgehens bei der Durchsetzung ihrer Forderungen gegenüber Deutschland zulassen würden“. Seine Schulden an England, Kapital oder Zinsen, kann Frankreich nicht zahlen, bevor nicht das Deutsche Reich die mit dem Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete verknüpften Auslagen ersetzt.

Der Reorganisationsplan der deutschen Finanzen müßte umfassen: 1. Ausarbeitung eines Planes zur Stabilisierung der deutschen Währung, 2. Maßnahmen, um das deutsche Budget ins Gleichgewicht zu bringen, 3. Einstellung des Gesamts der Schatzanweisungen durch die Reichsbank und 4. verschärfte Maßnahmen zur Einschränkung der Kapitalflucht. Diese Maßnahmen würden unter der Kontrolle des Garantenausschusses stehen, der nach Berlin zu verlegen sei.

Falls Deutschland die Verpflichtungen nicht einhalten würde, wäre seine Verletzung eine „bewußte Verletzung“ und die Strafverfügungen würden automatisch und sofort in Geltung treten.

Ein Moratorium ist nur unter der Bedingung annehmbar, daß der Gesamtbetrag der Zahlungen nicht tangiert, und daß ein Gegenwert durch die Uebergabe von Pfändern geschaffen werde. Das Moratorium soll eine Frist von zwei Jahren nicht überschreiten und überdies soll an der Zahlung der Auslagen für die Okkupationstruppen und Aufsichtskommissionen und an den prinzipiellen Verzinsungen und Lieferungen in natura festgehalten werden.

Die Entregung von Pfändern hält Frankreich für unbedingt notwendig, doch will es eine neue militärische Besetzung deutschen Gebietes vermeiden, außer, daß Deutschland nicht alle aus diesem Programm sich ergebenden Verpflichtungen einhält. Als solche Pfänder schlägt Poincaré für die Sachlieferungen vor: Einsetzung einer interalliierten Kohlenkontrollkommission in Essen, Ausdeutung der Forste im Rheingebiete und für den Fall der Nichtdurchführung, Requisitionen in den besetzten Gebieten, das ist (?) im Ruhrgebiete. Für die Sicherung der Verzinsungen sollten als Pfand die ausländischen Devisen für die Exporte aus den besetzten Gebieten und dem Ruhrgebiete verwendet werden. Als

Strafen im Falle des Betruges

bei der Durchführung dieser Maßnahmen sieht der französische Plan eine Beschlagnahme der

Im italienischen Vorschlage

werden zunächst die Maßnahmen aufgezählt, durch welche die deutsche Schuld auf die Schuldverschreibungen der Serie A und B reduziert werden soll. Deutschland soll ein von Wählern bedingtes zweijähriges Moratorium gewährt werden. Es wird ebenfalls eine Anleihe von mindestens drei Milliarden Goldmark abzuschließen und die Sachlieferungen fortsetzen. Der interkalierte Garantiensatz wird die deutschen Steuerreformen überwachen. — Als Forderungen werden: 1. Die Beibehaltung der Kontrolle über die Ein- und Ausfuhrbewilligungen. 2. Die direkte Verwaltung der äußeren Grenze des Rheinlandes durch die Alliierten. 3. Die Kontrolle über die Staatsbetriebe durch die Verwaltung der Dominialforste. 4. Die Kontrolle über die Produktion der staatlichen Eruben im Ruhrgebiete.

Ablehnung des englischen Vorschlages in Italien.

Rom, 3. Jänner. (Tsch. B.) Die Blätter lehnen einmütig das englische Projekt auf der Pariser Konferenz ab, besonders deshalb, weil darin der Verfall des italienischen Deposits in der Bank von England im Betrage von einer halben Milliarde Goldlire verlangt wird und weil nach diesem Projekte Italien eine schwere Benachteiligung bei der Aufteilung der Reparationen drohe. Sie erklären, das englische Projekt sei unannehmbar und kündigen dessen Ablehnung durch die Konferenz an. Auch sehen sie eine Annäherung des französischen Entwurfes an den italienischen voraus.

Der Senat.

Von Dr. Karl Selter.

Herr Senator Prof. Dr. Horáček schrieb in der „Narodni Politika“ einen Leitartikel über die Stellung des Senates, über welchen der „Sozialdemokrat“ bereits kurz berichtete. Es erscheint aber doch notwendig, sich mit diesem Artikel ausführlicher zu befassen, sowohl wegen der Person des Verfassers, als insbesondere wegen der Sache selbst.

Richtig ist, daß der Senat, wie Herr Prof. Dr. Horáček sagend berichtet, alljährlich in Zwangslagen gerät, daß ihm nicht genügend Zeit zur Beratung des Budgets und anderer Vorlagen gegeben ist, daß er all das — oft genug gegen seine Überzeugung — ohne die Möglichkeit, Änderungen vorzunehmen, so sehr oft sogar ohne die Möglichkeit, die ihm vom Abgeordnetenhause zugewiesenen Gesetze auch nur ordentlich lesen, geschweige denn studieren zu können, in wenigen Stunden beschließen muß. Richtig ist auch, daß dieser Zustand unhaltbar, für die Mitglieder des Senates einfach unerträglich ist. Man stelle sich vor, was es für Menschen, die doch mit dem besten Willen, die ihnen von ihren Parteigenossen übertragenen Funktionen gewissenhaft auszuüben, erfüllt sind, und solche Menschen gibt es gewiß unter den Senatoren aller Parteien in großer Anzahl, bedeutet, Gesetzen ihre Zustimmung geben oder verweigern zu sollen, die sie kaum kennen. Gerade wir Sozialdemokraten waren es, die nicht einmal, sondern unzählige Male im Verlaufe dieser zweieinhalb Jahre in den Ökonomenkonferenzen, den Ausschüssen und den Plenarversammlungen des Senates gegen diesen unerhörten Zustand protestiert und dessen Abstellung verlangt haben.

Herr Prof. Dr. Horáček verweist auf die Bedeutung, welche die zweiten Kammern in anderen Ländern, besonders in Frankreich und den Vereinigten Staaten haben, in welchen Ländern der Senat einen großen Einfluß auf die innere und äußere Politik ausübt. Die Gründe für die Bedeutungslosigkeit des Senates bei uns sucht Herr Prof. Dr. Horáček einerseits in der feindlichen Stellung, welche einzelne Parteien von vornherein gegen die Schaffung des Senates überhaupt eingenommen haben, andererseits in dessen Zusammensetzung, welche der des Abgeordnetenhauses gleich ist. Hier beginnt unser Widerspruch. Unser Standpunkt ging und geht dahin, daß eine zweite Kammer überhaupt überflüssig ist, und gerade die von Herrn Prof. Dr. Horáček dargelegten Umstände sind nicht geeignet, uns in unserer Überzeugung wankend zu machen. Unseres Erachtens genügt eine, vom ganzen Volke gewählte Kammer, der allerdings, wie dies in wirklich demokratischen Staaten der Fall ist, weit größere Rechte eingeräumt werden müßten, als sie unser Abgeordnetenhause besitzt.

Abgesehen von diesem unseren prinzipiellen Standpunkte, können wir aber auch unter den gegebenen Verhältnissen der Verweigerung des Herrn Prof. Dr. Horáček nicht zustimmen. Die Ursachen für die unerträglichen Zustände, unter denen der Senat und mehr noch die Senatoren leiden, liegen nicht in der Feindschaft einiger Parteien gegen die Institution des Senates und noch weniger in der Zusammensetzung des letzteren, sondern ausschließlich in der Entwicklung, welche die Demokratie in diesem Staate genommen hat oder besser gesagt, darin, daß es eine wirkliche Demokratie auch nur im bürgerlichen Sinne in diesem Staate nicht gibt. Schon die Tatsache einer Koalition so heterogener Parteien, wie es die tschechischen Sozialdemokraten auf der einen, die Nationaldemokraten auf der anderen, die tschechischen Nationalsozialisten auf der einen, die

Amerikaner auf der anderen Seite sind, macht eine wirkliche Demokratie unmöglich. Demokratie ist nicht, wie wir so oft hören müssen, Kompromiß. Demokratie ist vielmehr das volle Ausleben jener Kräfte, welche innerhalb der Bevölkerung eines Staates diese Weisheit bilden. Die Mehrheit der Bevölkerung dieses Staates, auch der tschechischen Bevölkerung, steht den von Nationaldemokraten und Amerikanern vertretenen Tendenzen völlig fern. Die Koalition ist nicht der Ausdruck, sondern die Verfallung des Volkswillens. Wer die tschechische Bevölkerung, von den Angehörigen der anderen Nationen ganz zu schweigen, fragen würde, ob sie mit den nationalsozialistischen, großkapitalistischen Grundrissen der Nationaldemokraten oder mit den reaktionären Grundrissen der Amerikaner übereinstimmt, der würde jene Antwort erhalten, welche allein das Volk, das einen Hus, einen Komenius, einen Havlíček, einen Masaryk, hervor gebracht hat, geben kann.

Wenn aber schon diese Koalition an sich ein Hindernis der demokratischen Entwicklung ist, so noch viel mehr die Art, wie die Koalition ihre Macht ausübt. Durch zwei Jahre — unter den Regierungen Černý und Beneš — lenkte die berühmte Petta allmächtig und verantwortungslos die Geschicke des Staates. Die jeweilige Regierung war nichts anderes als das Exekutivorgan dieser Petta. Während dieser beiden Jahre bildete sich die Ungeheuerlichkeit heraus, daß einige Männer hinter der Kulissen befehlen, was zu geschehen hat, und Regierung und Parteien waren von der Mitwirkung ausgeschlossen. Dieser, aller Demokratie ins Gesicht schlagende Zustand hält aber auch derzeit noch an. Denn am Wesen der Sache ändert es nichts, daß jetzt fünf Minister zusammen mit fünf Abgeordneten — die fünf Senatoren sind praktisch ausgeschlossen — irgend ein fragwürdiges Kompromiß unter einander erkämpfen, wobei überdies die Sozialisten stets die Nachredenden sind. Daß dann das, was unter diesen zehn Menschen nach heißen Kämpfen beschlossen wird, unumstößlich jeder Aenderung durch die übrigen Mitglieder der Mehrheitsparteien, von der Opposition ganz zu schweigen, entzogen bleibt, ist selbstverständlich.

Dieser Zustand hat zur Folge, daß praktisch nicht nur die Senatoren, sondern bis auf jene zehn Menschen auch die Abgeordneten vollständig einflusslos sind, daß auch sie nichts dreinzureden haben, und nicht nur den Senatoren, sondern auch den Abgeordneten diese Verhältnisse unerträglich sind. In der Tschechoslowakei ist an die Stelle der Demokratie die Oligarchie, die Herrschaft Einiger, getreten. Deshalb können, solange dieser Zustand dauert, alle Klagen über die Stellung des Senates nichts helfen. Wenn es ihm ein Trost ist, mag ihn Herr Prof. Dr. Horáček darin finden, daß es den Abgeordneten nicht besser geht als den Senatoren. Wäre dem nicht so, so wäre der einzig richtige Schluß aus diesen Zuständen die Kompromittierung der Demokratie überhaupt. Nur die Erwägung, daß das, was ist, überhaupt keine Demokratie ist, kann uns vor diesem Schlusse bewahren.

Vollständig ablehnen müssen wir die Zanimierungsvorschläge des Herrn Senators. Er will das Uebel durch eine Kommer kurieren, die zur Hälfte aus vom Präsidenten ernannten, zur Hälfte aus von wirtschaftlichen und kulturellen Korporationen gewählten Mitgliedern bestehen soll. Gerade dieser Vorschlag beweist, welche reißende Fortschritte die Reaktion bei uns macht, wie ihr Männer verfallen, deren Vergangenheit eine solche Entwicklung nicht hätte voraussehen lassen. Die Erklärung ist eben nur darin zu finden, daß die ökonomische Entwicklung, der immer stärker werdende Klassenkampf die gesamte Bourgeoisie ins Lager der Reaktion treibt. Daß eine gesunde, reife Körperschaft zur Hälfte aus vom Präsidenten ernannten Mitgliedern bestehen soll, kann ernstlich gar nicht gemeint sein und muß den heftigsten Widerstand der gesamten Arbeiterschaft hervorrufen. Darüber lehnen wir jede Diskussion ab.

Aber auch die Schaffung des berühmten „Arbeits-“ oder „Wirtschaftsparlamentes“, das ja als Korrektiv gegen das allgemeine Wahlrecht in den Köpfen der Reaktionäre aller Länder spukt, lehnen wir als gesetzgebende Körperschaft ab. Einen Reichswirtschaftsrat, der eventuell ausgebaut werden kann, haben wir schon, aber nur als beratende und vorschlagende Körperschaft, brauchen daher keine neue Institution, wobei wir uns hinsichtlich der Bedeutung dieser Körperschaft durchaus keinen Illusionen hingeben. Wir sehen ja das nicht gerade besonders ermunternde Beispiel in Deutschland vor uns. Unser Standpunkt all diesen reaktionären Versuchen gegenüber ist ein ganz klarer und präziser: Eine auf Grund des allgemeinen, gleichberechtigten Proportionalwahlrechtes gewählte Kammer mit dem Rechte der Gesetzgebung. Und daneben allenfalls irgend eine von den wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen gewählte Körperschaft mit beratender Stimme, eventuell mit einem gewissen Vorschlagsrecht. Aber der Demokratie und der nur mit dieser möglichen, gedeihlichen Entwicklung der Verhältnisse kann nur die Beseitigung des derzeitigen oligarchischen Systems dienen.

Es würde sich empfehlen, wenn Herr Prof. Dr. Horáček, von dem wir zu wissen glauben, daß er mit diesem System keineswegs einverstanden ist, seinen großen Einfluß innerhalb der agrarischen Partei zur Beseitigung der Oligarchie verwenden würde. Dann wären auch seine Klagen über den Senat, solange er besteht, überflüssig und den arbeitsfreundlichen Mitgliedern des Senates die Möglichkeit zu einer ersprießlichen Tätigkeit gegeben.

Inland.

Eine Krise in der tschechisch-amerikanischen Volkspartei. Sowie in allen Koalitionsparteien sind unannehmbar auch unter den Amerikanern Meinungsverschiedenheiten ausgebrochen. Seinerzeit erschien in den „Lidove Listy“, dem offiziellen Organ der tschechisch-amerikanischen Partei, eine Aufforderung an alle Anhänger der Partei, sie mögen doch jene Blätter lesen und verbreiten, welche von der Führung der Partei offiziell anerkannt sind. Diese Aufforderung war eigentlich eine Kampfanfrage Sramek an den „Čech“, das Blatt des rechten Flügels der Partei, den die Abgeordneten Kordas, Maganec und der Prager Erzbischof Kordas repräsentieren und denen die Politik Sramek zu demokratisch ist. Allerdings herrschen auch unter dieser Opposition zwei Strömungen, die des Abgeordneten Kordas, der für eine nationalsozialistische Politik Stimmung macht und die des Erzbischofs Kordas, der eine konservative Politik predigt. Nun erschien am Weihnachtsabend im „Čech“ ein Aufruf des Erzbischofs Kordas an die katholische Presse, in dem dieser Presse sowie ihren „Aposteln“ für die opfervolle Arbeit gedankt wird. Der Erzbischof wandte sich also ostentativ an das Blatt, vor dem die „Lidove Listy“ gewarnt hatten, das nicht das offizielle Organ der Partei ist und welches sehr oft die Politik der offiziellen Führung mißbilligt. Um der Unzufriedenheit mit der Politik Sramek weiteren Ausdruck zu geben, sind in derselben Blattsfolge des „Čech“ auch Artikel der slowakisch-amerikanischen Führer Hlinka, Bobol und Buday erschienen, in denen die tschechisch-amerikanische Führung beschuldigt wird, kretsch am Zerfall der slowakischen Volkspartei zu arbeiten, und in denen erklärt wird, daß sich die tschechisch-amerikanische den Abgeordneten Pravec zum Zerfall der slowakischen Partei gemietet hätten. So antwortet also der „Čech“ auf die Kampfanfrage Sramek. In der Neujahrsnummer des Blattes schreibt nun Abgeordneter Maganec, daß die tschechisch-amerikanische Volkspartei zusammen mit der slowakischen arbeiten müsse. Dies sei die Aufgabe der Partei, welche ohne Rücksicht auf gegenwärtige Meinungen und Widerstände unbedingt durchgeführt werden muß. Aber noch einen anderen Konflikt gibt es in der tschechischen Kompartei. So wie die tschechischen Faschisten einzelne nationalsozialistische Parteimitglieder für ihre Pläne gewonnen, so traten auch tschechisch-amerikanische Turner in die Faschistenorganisation ein. Das Abendblatt der „Lidove Listy“ nimmt nun gegen die sogenannte „nationale Bewegung“ Stellung, weil sie in ihr einen Versuch der Nationaldemokraten zum Zwecke des Wählerganges erblickt. Das Blatt schreibt: „An einigen Stellen haben die tschechischen Faschisten auch unsere jungen Turner in ihre Reihen gezogen. Wir müssen entschieden erklären, daß die Mitgliedschaft in der Volkspartei nicht vereinbar ist mit der Mitgliedschaft in der nationalen Bewegung. Es geht bei dieser ja nicht um die Nation, sondern es geht um die Werbung von Männern für die nationalen demokratischen Herren. Das sind Generale ohne Soldaten und die Wahlen nähern sich. Sie würden also gern mit der nationalen Fahne Wähler fangen, wenn es anders nicht geht.“ So ist also auch in dieser festesten Koalitionspartei ein Zerfallsprozess im Gange. Hlinka und die nationalsozialistischen Turner werden dem Herrn Minister Sramek noch manche harte Nuß zu kneten geben.

Ein neuer Angriff auf das deutsche Schulwesen. Wie die „Bohemia“ erfahren haben will, ist an sämtliche Landesschulräte der Republik ein Erlaß ergangen, wonach sämtliche Erläuterungen der Landesschulräte an die Bezirksschulräte und an die Mittelschulen in der Staatsprache zu verfaßt sind. Es wird ihnen nur eine Überzeugung ohne Unterschrift beigegeben. Bernst diese Nachricht auf Wahrheit, so stellt sie einen weiteren Schritt in der „Zentralisierung“ des deutschen Schulwesens, das heißt in dem Bestreben dar, es den tschechischen Zentralbehörden zu unterstellen und die leiseste Spur einflüßiger oder flüßiger Autonomie auszulöschen. Dafür spricht auch die Begründung des Erlasses, welche die Bezirksschulräte als „Staatsämter“ bezeichnet, während sie tatsächlich autonome Körperschaften sind. Die geistlos-starre Zentralisierung, die schon im Anzuge genügt, um den Völkervertrag Österreich umzubringen, kennt, wie auch dieser Erlaß beweist, in der Tschechoslowakei überhaupt keine Hemmungen. Die Früchte werden für jene, die solche Saat streuen, bitter, wenn nicht tödlich sein und keinesfalls dürfte sich der Sozialdemokrat Bedenken dazu hegen, für die Tyrannengestalt seiner Bürokratie die Mauer zu machen.

Masaryk und die slowakische Autonomie. „Pragat Magyar Hirlap“ veröffentlichte eine Rundgebung Hlinkas über die Autonomieforderung der Slowaken. Hlinka erklärt, daß die letzte Ernennung des Präsidenten über den Pittsburger Vertrag nicht mit seinen früheren Ansichten übereinstimme. Hlinka hätte am 25. Jänner 1919 in Begleitung des Bischofs Amezlo den Präsidenten besucht, welcher auf die Frage: „Was ist mit unserer Autonomie?“ mit der Gegenfrage antwortete: „Wären die Slowaken fähig, selbst die Slowakei zu verwalten? Oben sie dazu eine genügende Intelligenz?“ Hlinka antwortete dem Präsidenten: „Noch haben wir nicht soviel Intelligenz, aber in zehn Jahren wird die neue slowakische Intelligenz erzogen sein und wir können dann ohne die Tschechen leben.“ Der Präsident erklärte hierauf: „Wenn Sie die Autonomie wirklich fordern, so werden Sie sie haben.“ Hlinka weißt dann auf die Inkonsistenz des Präsidenten Masaryk hin und fordert unbedingt den Dualismus, in dessen Geiste sich auch der Pittsburger Vertrag bewege.

Zum Schutze Masaryk haben die „Kultur- und Wirtschaftlich-sozialen Ausschüsse“ der Nationaldemokraten eine bombastische Rundgebung erlassen. Das „Čestve slovo“ sagt hierzu: „Wie bewußt haben jene gelogen, die diese Erklärung unterschrieben. Welche Unfrömmigkeit und Niedertracht liegt in diesen Worten. Wenn die koalitierten Blätter in dem ganzen Streit zu einer gewissen Reserve verpflichtet waren, so löst diese Niederträchtigkeit diese Verpflichtung. Wenn die für die beiden Korporationen unter der tschechischen Erklärung unterschriebenen Herren den Dr. Masaryk auffordern, die Angriffe der Regionäre nicht zu beachten, so müssen wir sagen, daß Dr. Masaryk dies nicht tun darf. Er ist beschuldigt worden und verpflichtet, sich zu verteidigen. Sollte dies nicht der Fall sein, müßte die tschechische Öffentlichkeit sein Schweigen als Bestätigung der Wahrheit der auf der Regionärversammlung erhobenen Beschuldigungen betrachten.“

Der Gesundheitszustand des Ministerpräsidenten Svobla hat sich nach den Meldungen der Blätter bereits gebessert. Die Frage seiner Stellvertretung für den Fall, daß er für längere Zeit in seiner politischen Tätigkeit behindert wäre, ist noch nicht erwogen worden. Vorläufig vertritt ihn noch ein früherer vom Ministerrat getretener Verfügung der Minister für soziale Fürsorge Habrman.

Die Parlamentsession. Nach den bisher getroffenen Verfügungen wird das Abgeordnetenhause am 23. Jänner mit seinen Arbeiten wieder beginnen. Ueber das Arbeitsprogramm wird noch beraten. Das Präsidium des Hauses soll am 9. Jänner zusammentreten.

Abflauen der Gegenrevolution in Finnland.

Inmitten der reaktionären Wellenflut Europas zeigt die Entwicklung der sozialen Verhältnisse Finnlands das Abflauen der gegenrevolutionären Kräfte. Die finnische Revolution von 1918 ist, wie bekannt, mit den brutalsten Gewaltmitteln und mit Hilfe der Waffen des deutschen Militarismus von damals niedergeschlagen worden. Siebzigttausend Revolutionäre sind gefangen genommen worden, die Zahl der Opfer wurde auf mehr als 20.000 geschätzt. Infolge des Zusammenbruchs des deutschen Imperialismus konnte jedoch die Inel der Reaktion nicht erhalten bleiben. Ein Jahr nach der Gegenrevolution konnte die sozialdemokratische Partei Finnlands bereits einen Kongress abhalten; es wurde die erste Amnestieverordnung ausgegeben, und keine Todesurteile wurden mehr vollzogen. Anfang 1919 mußte die Gegenrevolution die Wahlen ausschreiben; es wurden von insgesamt 200 Abgeordneten 80 Sozialdemokraten ins Parlament geschickt. Die günstige außenpolitische Lage, das Fehlen des Adelsstandes, die hohe geistige Entwicklung der Arbeiterschaft, der Gegensatz der reaktionären und der fortschrittlichen Bürgerschaft und des laubdungrigen Bauerntums erleichterten die Arbeit der Sozialdemokraten. Eine demokratische Verfassung aus durchgreifende Bodenreform wurde vorbereitet. Die Auflösung der weißen Gardes und die vollkommene Einstellung des weißen Terrors konnte die Arbeiterschaft jedoch noch nicht ganz erreichen. Die Zerschlagung im Lager der Arbeiterschaft, von Moskau geführt, war zu groß, und die finnischen Faschisten blieben immer noch mächtig. Der Führer der fortschrittlichen Partei, Ritavuori, der gegen die Überreste des weißen Terrors am wirksamsten kämpfte, haben die finnischen Faschisten im Februar 1922 ermordet. Das Verhältnis zu Rußland wurde Ursache weiterer Verwicklungen. Infolge des Konfliktes mit Rußland wegen Karelien ist Finnland dem Abkommen von Tartu, dessen Spitze gegen Rußland gerichtet war, beigetreten. Dies führte zum Sturz der Regierung, da sie sowohl die Sozialdemokratie, die eine Intervention gegen Rußland belämpfte, wie die deutschfreundlichen Konservativen herausgefordert hatte. Es wurden vor kurzem Neuwahlen angeordnet, bei denen die sozialistischen Parteien ihre Mandatazahl von 80 Abgeordneten beibehalten haben. Hieron sind 53 Sozialdemokraten, 27 Kommunisten. Die sozialdemokratische Partei ist die stärkste im Parlament. Die fortschrittliche bürgerliche Partei, die mit der Ermordung Ritavuoris ihren Führer verlor, hat viel zugunsten der Konservativen eingebüßt. Die zwei bürgerlichen Einparteien, die fortschrittliche und die der Landwirte, haben eine Minderheitsregierung gebildet, die aber ohne Unterstützung der Sozialdemokraten nicht regieren kann. Hierfür muß aber die Forderung der Sozialdemokraten nach Amnestie erfüllt werden. Zum Präsidenten des Parlaments ist der Sozialdemokrat Vuolijoki gewählt. Die Belämpfung der weißen Gardes wird noch viel Arbeit der Sozialdemokratie erfordern, welche ihren Bestreikungskampf ohne erniedrigende Kompromisse durchgeschritten hat. Die finnische Gegenrevolution hat also im vierten Jahre der finnischen Republik ihre Stoßkraft eingebüßt und steht vor dem Ende.

Kompromißablichten der Engländer.

London, 3. Jänner. (Reuter.) Die englische Regierung ist willens, eine vernünftigerweise mögliche Strecke mit den Alliierten zusammenzugehen, um ein Kompromiß zu finden, indem sie hofft, daß Frankreich die äußersten Bedingungen seines Planes aufgeben werde. Die Belgier und Italiener stehen dem englischen Plan weniger abweichend gegenüber als Frankreich.

Sanierungs-Chaos.

Von unserem Wiener Mitarbeiter.

Die Fülle der kleinen Ereignisse und Symptome der „Sanierung“, mit denen Oesterreich vom alten ins neue Jahr hinübergeht, läßt sich so schwer überblicken, daß man tatsächlich von einem „Sanierungschaos“ sprechen kann, das bloß eine klare Linie aufweist, die Tendenz nämlich, alle Verbesserungen und Verschlechterungen der Lage sich auf Kosten der Arbeiterklasse vollziehen zu lassen. Die Vorstöße der Reaktion, vorerst noch recht schüchtern, sind bei näherem Zusehen dennoch auf allen Gebieten zu merken, es ist kein Zufall, daß die Werbungen der Reaktion innerhalb der Wehrmacht, die Schikane gegen sozialdemokratische Soldatenvertrauensmänner immer unerschämter werden. Auf allen Gebieten macht sich gewissermaßen eine Rückkehr zu bürgerlichen Begriffen geltend; und es gibt dafür vielleicht kein bezeichnenderes Symbol, als jener Triumph der Moral in einer Gerichtsprozedur, bei der kürzlich die Sittlichkeit gegenüber den Chambres separat eines der nobelsten Wiener Hotels zu ihrem „Recht“ kam, indem zwar der bürgerliche Besitzer dieser bürgerlichen Vergnügungsstätten, der an den Souperfreuden der Bourgeoisie profitiert, freigesprochen, dafür aber — der Kellner verurteilt wurde.

Inbes hat diese bürgerliche Restauration, die sich vorläufig nur mit Kleinigkeiten abgibt, auch ihren großen und gefährlichen ökonomischen Hintergrund: die Schwächung der Arbeitermacht durch die Arbeitslosigkeit. Zu ihr tritt der Abbau der Staatsbediensteten, den die bürgerliche Regierung gemäß den Wiener Gesetzen mit Schamlosigkeit brutalisiert vollzieht. Zehntausende Familienväter, darunter viele Kriegeschädigte, sind bereits bis zum Jahresabschluss auf die Straße gesetzt worden; die Massen-Entlassungen der Eisenbahner, die Sperre der Spitäler — bei unerschütterlicher Staatszahlungen an die katholischen Geistlichen — dauern an. Hervorgehoben wird allerdings die Arbeitslosigkeit nicht allein durch die „starke Hand“ der bürgerlichen Regierung, die freilich, da die entlassenen Staatsangestellten nirgends Aufnahme finden können, sie beträchtlich verschärft, sondern durch die bürgerliche Sanierung schlechthin. Mit dem Stillstand der Krone nach einer Zeit der wahnsinnigsten Geldentwertung und Teuerung ist der Zustand erreicht worden, daß einerseits die österreichische Produktion durch den Wegfall der Exportprämie aus der Weltabgeschlossenheit konfurrenzunfähig wurde, andererseits die österreichischen Preise die Weltmarktpreise erreicht, ja in einzelnen Fällen sogar überschritten haben. Und nun enthält sich die kapitalistische Untervirtschaft in ihrer ganzen Größe: Oesterreich, das aufgeschaut hat, das billigste Land zu sein, ist von demselben Augenblick an von allen Fremden, die es jahrelang aufgekauft und aufgeschleppt hatten, verlassen, der Traum eines Transithandelszentrums verfliegen, die Industrie, die ebenso jahrelang an der schwindensüchtigen Scheinblüte einer Scheulerwirtschaft profitiert hatte, streift mit einem zerrütteten Produktionsapparat da, der schon vor dem Kriege unzulänglich war, im Kriege verwüßt wurde und in der Nachkriegskonjunktur vernachlässigt blieb — die bürgerliche Regierung aber erstarrt im Glanze eines Sanierungsprogramms, das nicht die bestmögliche Vorsehung für die Förderung der heimischen Produktion, für Notstandsarbeiten, für die Abwehr der Arbeitslosigkeit trifft. Im Gegenteil: ein guter Teil dieser Sanierung besteht ja in der unverhältnismäßigen Belastung der industriellen Bevölkerung zugunsten der Agrarier; wurden die Mietzinsen hinaufgedrückt, den Städten Steueranteile weggenommen, so hat dafür die Regierung erst in den letzten Tagen — bei der Weinsteuer — wieder bewiesen, daß sie

vor jedem bürgerlichen Stützpunkt zurückweicht. Aber für all dieses kapitalistische Unheil hat ja das Bürgertum auch schon seine echt kapitalistischen Heilmittel parat: Abschaffung des Achtstundentages — obwohl es in großen Industrien keinen einzigen Betrieb mehr gibt, der nicht schon längst die Arbeitswoche gekürzt hätte — und Herabsetzung der Löhne — obwohl die Kurzarbeit sie ohnedies bis zu einem Drittel vermindert hat und obwohl bei dem Verhältnis des Lohnanteils zu den übrigen Produktionskosten auch die stärkste Lohnkürzung die Industrie niemals konkurrenzfähig machen könnte! Aber ist es keine vollkommene Fata Morgana, so ist es doch eine echt kapitalistische Logik: weil die Unternehmer vier Jahre lang, statt Maschinen zu kaufen, Valuten geschoben haben, sollen die Arbeiter zur Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit auch noch die Lohnproduktion tragen!

Dabei sind die Kosten der Lebenshaltung keineswegs nennenswert gesunken. Die Indexziffer des Dezember zeigte eine Senkung von bloß 3 Prozent an. Zeither sind die Mieten stark erhöht worden und das Weihnachtsgeschenk der christlichsozialen Regierung, die Zollerhöhungen, lassen befürchten, daß wir es im Jänner sogar mit einer neuerlichen Steigerung der Lebensmittelpreise zu tun bekommen. Dabei beträgt die Anzahl der Arbeitslosen in Wien allein bereits 100.000, die Zahl der Ausarbeiter in Oesterreich das Zwei- und Dreifache dieser Zahl. Und in jeder Woche wachsen etwa 3000 Arbeitslose zu. Ganz besonders traffe Einzelsfälle spielen mit: so im großen Wiener Neufährer Industriegebiet die Stilllegung des riesigen Wöllersdorfer Werkes durch die Berliner A. G., die durch einen glatten Vertragsbruch den „ersten Erfolg“ der Seipel-Sanierung, wie die Verschäderung dieses riesigen Staatsbetriebes an das Privatkapital genannt wurde, in den Hinauswurf und den Hunger von tausenden Arbeiterfamilien verurteilt. Auch für dieses Schicksal, das nun über die österreichische Arbeiterklasse hereingebrochen ist, gibt es ein sehr bezeichnendes kleines Zeichen: der Zustrom weiblicher Arbeitskräfte zur Hauswirtschaft beginnt wieder zu wachsen. Die beweglichen Mägen der Hausfrauen über das mangelnde Angebot und die „Begehrtheit“ der Hausgehilfen werden verstummen, die Bourgeoisie wird wieder ihre Bediensteten haben!

All diese Symptome der Sanierung stellen der Zukunft des österreichischen Proletariats eine düstere Prognose. Wenn diese Sanierung gelingt, dann ist Oesterreich ein kleiner, konkurrenzunfähiger Staat, der von der bürgerlichen Reaktion beherrscht wird, dessen Industrie sich rückbildet, dessen Arbeiterschaft abwandert oder verhungert. Furchtbar enthält sich die Erkenntnis, die die Sozialdemokratie seit jeher vertritt und das Bürgertum — den kurzfristigen Blick nur auf die nächste Post seines Profits gerichtet — stets verkannt hat: daß alle Sanierung in Oesterreich bloß den Zweck haben kann, in einem lebensunfähigen Lande das Leben seiner Bewohner solange zu erhalten, bis eine Aenderung der großen europäischen Politik auch das kleine Problem dieses Krampfstaates löst. Aber so gewiß jene große Aenderung unter Krisen und Wehen auf dem Wege scheint, so ungewiß ist der Weg der Sanierung selbst, den das österreichische Bürgertum eingeschlagen hat. Gerade die allerersten Loge haben Nachrichten gebracht, die die ganze Sanierung schlechthin in Frage stellen. Dazu nur hat die innere Anleihe trotz aller Bemühungen, dem Kapitalisten sogar gesetzlich verbotene Vermögenszuwächse, zu einem offensichtlichen Mißerfolg, einem Misserfolgsvorwurf selbst des inländischen Kapitals geführt. Was wichtiger ist: auch die Bemühungen um die erste Auslandsanleihe — ein sogenanntes Zwischenkredit von 80 Millionen Goldkronen — sollen auf „formale Schwierigkeiten“ gestoßen oder gar gescheitert sein.

Diese vorläufig erst halb eingestandene Tatsache muß natürlich das Vertrauen, daß Oesterreich jemals die wirkliche große Sanierungsanleihe, die von den Völkerverbänden garantierten 650 Millionen Goldkronen bekommen könnte, jaywer erschüttern. Nachher als man geglaubt, scheint sich die sozialdemokratische Voraussetzung zu erfüllen, daß alle Garantiegelder der Ententestaaten noch keine Goldkronen sind und daß sich für Oesterreich zwar sofort der Generalkommissar, aber keineswegs so leicht der Geldgeber finden wird. Und daß alles Wohlwollen des ausländischen Kapitals auch diesmal wieder verfliegen wird — wenn es aus Zahlen geht.

Aber was dann? Wenn aus dem Chaos der kapitalistischen Sanierung nicht einmal jene „Entung“ wird, die mit der Demütigung durch die ausländische Kontrolle, mit der Preisgabe der Freiheit der Republik, mit so viel fürchterlichem Elend erkaufte ist — was bleibt dann?

Tages-Neuigkeiten.

Treue um Treue! Von einem Parteigenossen erhielt die Redaktion des „Sozialdemokrat“ folgende Karte:

„Indem ich jetzt wieder Arbeit habe, so abonniere ich ab 1. Jänner wieder das Zentralorgan. Mit Parteigenoss A. T., Bergarbeiter in Meierhöfen.“

Nur wenige Worte sind es, die uns dieser brave Genosse schreibt, und doch spricht aus ihnen jener Geist, jene Ueberzeugungstrenne und jener Opfermut, der die Arbeiterbewegung auf kleinen Anfängen emporgetragen hat und sie allen Kämpfen und Irrungen des Tages zum Trost weiter ihrem Ziele entgegenführt. Wir würden nur wünschen, daß den gleichen Opfermut wie dieser treue Proletarier, der, raum, daß er der Sorge um die Arbeit entbunden ist, sogleich unseres Blattes, seiner scharfen Waffe im proletarischen Klassenkampf, gedient und sein Abonnement erneuert, auch alle jene Genossen aufbrächten, die sich in verhältnismäßig sicheren oder gar fast unfindbaren Stellungen befinden, aber noch immer nicht ihre Pflicht gegen das Zentralorgan, den „Sozialdemokrat“ erfüllt haben, noch nicht unsere Abonnenten geworden sind. Dieser Genosse in Meierhöfen hat mehr getan, als nur sein Abonnement erneuert; er hat allen anderen, die es nicht wissen wollen, gezeigt, wie man seine Pflicht gegen die Parteipresse erfüllt.

Arbeitslosigkeit, Elend und Abwanderung im Böhmer Bezirk. Aus Böhmen wird uns geschrieben: Unsere Genossen haben es endlich durchgesetzt, daß für die Kinder der Arbeitslosen die Stadtgemeinde 15.000 K u. nun auch die Bezirksverwaltungscommission 45.000 K flüssig machen mußte. Dies bedeutet nicht besonders viel; denn angesichts des hier herrschenden Elends werden noch ganz andere Mittel benötigt. Die Unterstützung, die der Staat den Arbeitslosen gewährt, reicht nicht hin, den Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen, sie langt ja kaum für trockenes Brot aus. Dabei bekommt nur ein Drittel der Arbeitslosen das Arbeitslosengeld, die überaus größere Zahl ist davon ausgeschlossen. Im Böhmer Bezirk bekommen es nur die Arbeiter der bestimmter Betriebe, so der Weinmann-Werke, der Glas- und Porzellanfabriken. Alle anderen Arbeitslosen erhalten keinen Heller. Doch auch von jenen Betrieben sind alle jene Arbeiter, die eine kleine Bude ihr Eigen nennen, und alle Ledigen ausgeschlossen. Nun sind aber viele Arbeiter schon seit August arbeitslos und erst mit 1. Oktober wurde der Böhmer Bezirk für würdig erachtet, dieser geringfügigen Unterstützung überhaupt teilhaftig zu werden. Angesichts dessen kann man sich das Elend vorstellen, das hier herrscht. Die paar Kopfpennige aus der Zeit des verhältnismäßig guten

Verdienstes sind längst aufgezehrt; es werden Einrichtungsgüter veräußert oder verkauft. Diejenigen Arbeiter, die abwandern, haben nichts weiter mitzunehmen, als die Kleider, die sie am Leibe tragen. Zu warten, bis die hiesige Glasfabrik wieder in Betrieb kommt, ist nicht allen möglich und so sind denn in der letzten Woche einige Glasarbeiterfamilien nach Oberösterreich abgereist, wo sie in einer Glasfabrik Arbeit fanden. Es sieht so aus, als ob alle diese Arbeiter werden zur Auswanderung genötigt sein.

100.000 Kronen für die Komotauer Arbeitslosen. Die Komotauer Stadtverwaltung hat über Antrag der sozialdemokratischen Fraktion 100.000 Kronen für die Arbeitslosen bewilligt. Interessant ist, daß der gleiche Antrag, auf den Betrag von 90.000 lautend, anlässlich der Beratung des Jahresvoranschlages von der bürgerlichen Mehrheit niedergelassen wurde. Unsere Genossen ließen sich jedoch nicht beirren und wiederholten in der vorstehenden Sitzung der Stadtverwaltung ihr Verlangen, diesmal nicht erfolglos. Der Antrag wurde vom Genossen Weigel eingehend begründet, der unter anderem ausführte, daß in Komotauer Bezirk 7500 Arbeitslose sich befinden, wovon 3500 in Komotau selbst wohnen. Der bewilligte Betrag soll nicht in Form einer geldlichen Unterstützung verwendet werden, sondern vielmehr zur Bestreitung einer kommunalen Verköstigung dienen, welche die Arbeitslosen und ihre Familien vor dem ärgsten Hunger bewahren sollen. Auch die Bezahlung des Mietzinses soll in außerordentlichen Fällen zu Verzicht gezwungen werden, damit die Arbeitslosen nicht auch noch ihr Obdach verlieren. Ein zehnjähriger Ausschuss wird die Verwendung des Geldes übernehmen.

Der Raub an den Osmüher deutschen Schülern. Wir haben seinerzeit darüber berichtet, daß die tschechischen Machthaber in Osmütz daran gaben, im letzten deutschen Schulgebäude, in der Anaben-Volks- und Bürgerschule, Schulzimmer für tschechische Schulwecke zu beschlagnahmen. Gegen diesen Beschluß der tschechischen Nachsmehrheit hat der deutsche Stadtschulrat beim tschechischen Landesbeschulrat Rekurs eingelegt und die begangenen Gesetzwidrigkeiten klar nachgewiesen. In Brünn wußte man nun nicht, wie man der tschechischen Nachsmehrheit in Osmütz trotz dieses Rekurses gefällig sein sollte. Nach längeren Erwägungen fand man den Weg, wie man diesen Rekurs als ungültig erklären konnte. Es war nämlich seinerzeit von den deutschen politischen Parteien gegen die Errichtung gemischtsprachiger einheitlicher Ortschulräte in Groß-Osmütz beim Schulministerium in Prag eine Vermutung eingebracht worden. Diese Vermutung wurde nun, nachdem sie acht Monate unerledigt im Schulministerium gelegen ist, schleunigst abgewiesen mit der Begründung, daß die politischen Parteien, welche das Recht haben, in die Ortschulräte Vertreter zu entsenden, kein Rekursrecht besitzen. Dadurch sind die gemischtsprachigen einheitlichen Ortschulräte in Osmütz verwirklicht worden. Der deutsche Ortschulrat verliert somit seine Wirksamkeit. Das Präsidium des tschechischen Landesbeschulrates konnte nun auf Grund des neuen Schulgesetzes auch den Rekurs des deutschen Schulrates mit der Begründung abwenden, daß er in der Frage betreffend die Verfügung über Schulgebäude nicht kompetent sei, daß dies vielmehr in den Wirkungskreis der Ortschulräte falle. Als Ortschulräte gelten für Osmütz nur die gemischtsprachigen, in denen die Tschechen die Majorität haben. Als dieser Beschluß des tschechischen Landesbeschulrates dem Osmüher Bürgermeister Dr. Mares — einem tschechischen Sozialdemokraten — telephonisch von Brünn aus mitgeteilt worden war, ließ er als Vorsitzender des Stadtschulrates sofort die notwendigen Anordnungen in der deutschen Schule anordnen, damit die

Das neue Amerika.

Unter dem Titel „Amerika 1922“ ist im Verlag von Hermann Paetel, Berlin-Wilmersdorf, ein Buch erschienen, das besser als irgend ein anderes in den Geist einführt, der heute die „neue Welt“ beherrscht. Sein Verfasser ist der Presschef der preussischen Regierung, Hans Goslar, der im vergangenen Jahr eine Reise nach Amerika gemacht hat, die ihm die Eindrücke vermittelte, aus denen das Buch entstanden ist. Man erlebt diese Reise nicht nur, man erlebt das Land Amerika mit, wenn man diesen schmalen Band von 156 Seiten liest. Die grandiose Selbstverständlichkeit, mit der wir leben, am Rande des großen Ozeans, aus einer Wildnis, die noch vor wenigen hundert Jahren nur eisige taufende Anhöfen beherrschte, New York, die größte Stadt der Welt, emporgewachsen ist, wird in einigen knappen Sätzen, durch schlagende Ziffern illustriert, hingezogen, ganz in der Art, wie auch der von Künstlerhand gezeichnete Bilderdruck des Buches gehalten ist. Dann aber ist man auch schon mitten im unaußersichtlichen, fortwährenden Strom amerikanischen Lebens, das im Vergleich zu dem des alten Europa so fabelhaft jung und hemmungslos anmutet. Bei aller Begeisterung für dieses junge, kraftstrotzende, vorwärtsstürmende Leben verliert der Verfasser nie die kühle Ruhe des kritischen Beobachters; er nennt häßlich, was häßlich ist, verächtlich die Augen nicht vor dem grauenvollen Niedertreten alles dessen, was in der atomlosen Hast des Geldverdienens zu Boden geworfen wird, aber er öffnet sie auch weit vor der neuen Schönheit, die sich in der alle Widerstände sieghaft überwindenden Bauart New Yorks, in der großartig-praktischen Regelung seines Verkehrswezens, in der bereits einschüßigen Züchtung des amerikanischen „Normalmenschen“ offenbart.

Von dem neuen Menschentypus, den Amerika, dieser große „Schmelztiegel“ aller Nationen der Erde, heranzüchtet, bekommt man in Hans Goslars unmittelbar aus dem Leben schöpfender Darstellung einen umfassenden Begriff. Er schildert den Geschäftsmann, der seinen neunstündigen Arbeitstag mit beispielloser Intensität ausnützt, aber daneben noch hinreichend Zeit findet, seinen Körper in sportlicher Erziehung (die übrigens schon im ersten Schuljahr beginnt) zu stärken; der sich nie darüber beklagt, daß er „zuviel zu tun“ hat, aber tatsächlich alles meidet, was nach seiner Meinung — und das ist meist die des ganzen Landes — keinen praktischen Zweck hat; für den es zwischen 8 und 5 Uhr absolut nichts anderes als sein Geschäft gibt, der aber auch danach, am Feierabend, nur leichtere Unterhaltung oder höchstens religiöse Erbauung aufsucht; der zwar gern plaudert, aber keine philosophischen Diskussionen liebt, dessen ganze geistige Tätigkeit auf Vereinfachung und Typisierung des Lebensablaufs gerichtet ist, wofür als markantes Beispiel die Massenherstellung des billigen Privatautomobils (das jetzt schon fast jede zweite Familie in Amerika besitzt) angeführt wird, der aber auch an den einmal eingeführten Geschäftsmethoden mit so konsequenter Beharrlichkeit hängt, daß er auf dem Weltmarkt als schlechter Exporteur gilt und jedenfalls viel mehr bürokratische Gepflogenheiten mit sich herumschleppt, als gemeinhin angenommen wird.

Neben diesem Geschäftsmann, der vom Großkaufmann und Fabrikbesitzer bis zum Angestellten und kleinen Kommissar im wesentlichen die gleiche Tätigkeit — im Gegensatz zu Europa meist auch in dem gleichen Arbeitsraum — ausübt, von dem gleichen Motor, dem „Business“, angetrieben, steht das Heer der eigentlichen Arbeiter, von deren Lohnkämpfen gerade im letzten Jahre viel die Rede war. Es handelt sich bei die-

sen Lohnkämpfen hauptsächlich um die Abwehr des Lohnabfalls, den die Unternehmer, nachdem die letzten Jahre der Kriegsgewinne vorüber sind, mit aller Macht durchzuführen wollen.

Amerika geht — sagt Hans Goslar auf Grund der Beobachtungen, die er drüben machen konnte — einer von schweren sozialen Kämpfen durchzuertreten, an kritischen Augenblicken reichen Periode mit schnellen Schritten entgegen. Aber: wie heftig und geräuschvoll alle Kämpfe auch sein werden: dieses immens reiche Land mit seinen unausschöpfbaren Bodenschätzen und seinen phantastischen Landreichtümern wird immer wieder in ungeschwächter, ständig wachsender Wirtschaftskraft aufwärtsstreben. Wird doch die Führerrolle, die sich Amerika heute bereits in der Weltwirtschaft erobert hat, auch der Schuljugend drüben schon eingeschlämmt. Und wer will im Ernst dieser jungen Nation, die die besten Kräfte des alten Europa in sich aufgezogen hat, ihre Ueberlegenheit auf wirtschaftlichem Gebiet jetzt noch streitig machen? Hat Amerika doch so unendlich viel vor Europa voraus! Nicht nur den Mangel an Ruinen, auf den schon Goethe hinwies. Vor allem hat es noch Raum für viele Millionen Menschen in den noch lange nicht vollständig erschlossenen Landstrecken, die heute schon an Lebensmitteln und Rohmaterialien aller Art mehr hervorbringen, als im Lande selbst gebraucht wird. Und es hat Raum auch in den Köpfen seiner Staatsbürger, die noch nicht überstudiert sind, sondern deren eine derbe Abneigung gegen alles, was zur Lebensuntüchtigkeit verleiten könnte, anerkennen wird.

Welch prächtige Entschlußkraft liegt allein in der viel umstrittenen „Trodentlegung“ Amerikas, dem seit 1919 in allen Staaten der Union durch Mehrheitsbeschluß angenommenen Alkoholverbot (Prohibition). Hans Goslar gibt eine sehr eingehende, durchaus objektive Darstellung dieser einzigartigen Gesetzgebungsgeschichte, deren Anfänge

weit ins vorige Jahrhundert zurückreichen, deren Abschluß also kein zufälliger, sondern ein organischer war. Lassen wir hierüber den Verfasser selbst sprechen:

„Die Kämpfe um die Prohibitionsbill waren in Amerika keine Parteiangelegenheit. Republikaner und Demokraten haben ohne Fraktionszwang sowohl dafür wie dagegen gestimmt. Deshalb scheint es mir auch nicht, daß die Bill, wie viele annehmen, ein kurzes Leben haben wird. Man darf nicht vergessen, daß in einer ganzen Reihe von Staaten die Prohibition schon so alt ist, daß die dort lebende Generation sich gar nicht mehr an Alkoholausschank in öffentlichen Restaurants erinnern kann. Alle diese Gruppen, dazu die Kirche, ein großer Teil der stimmberechtigten Frauen, die straff disziplinierten Verbände gegen den Alkoholmißbrauch würden eine starke Einheitsfront gegen diejenigen bilden, die versuchen würden, auf dem Wege der Gesetzgebung an der Prohibitionsbill zu rütteln.“

Wie in dieser Frage, so wird das öffentliche Leben Amerikas überhaupt nicht so sehr nach parteipolitischen als vielmehr nach wirtschafts-politischen Gesichtspunkten orientiert. (Die wirtschaftlich verhängnisvollen Wirkungen des Alkoholmißbrauchs waren es, die fast überall den Ausschlag für das Alkoholverbot gaben.) So gibt es auch zwischen den beiden großen Parteien des Landes, den Demokraten und den Republikanern, keinerlei tiefen politischen Gegensatz, sondern nur wirtschaftspolitische Streitfragen. (Die republikanische Staatsform ist eine Selbstverständlichkeit, über die es Meinungsverschiedenheiten in Amerika nicht mehr gibt.) Weltanschauungs- und soziale Fragen aber können erst dann größere Bedeutung gewinnen, wenn der sozialistische Gedanke die Massen stärker ergriffen hat, als das heute noch der Fall ist.

Ischehen ja nur recht bald in den Besitz der ge-
wählten Klaffenimmov gelangen. Die Weis-
nachstehenden der Schüler müssen wegen der Ab-
tiefen notwendig Geld ist noch gar nicht bewilligt
— do shall das schert die tschechischen Wirtschaber
wenig. Und die tschechischen Sozialdemokraten
in der Olmützer Gemeindeführer machen diese Un-
terdrückungspolitik gegen die Deutschen mit.

Ueber die Egerer Justizzustände erzählt der
Karlsbader „Volkswille“ erbauliche Geschichten:
Ein für eine Tschelmer Firma reisender Agent hatte
von seinen Kunden bei Entgegennahme der Bestel-
lungen auch Anzahlungen einkassiert. Als die Fir-
men einzelne Aufträge aus irgendwelchen Grün-
den nicht ausführte, erstatteten einige Besteller,
die sich geschädigt fühlten, die Anzeige und der
Agent wurde verhaftet und dem Kreisgerichte Eger
überstellt. Das war am 14. Jänner 1922 und am
27. April wurde der Mann von der Anklage des
Verbrechens des Betruges freigesprochen.
Die Staatsanwaltschaft, die feinerlei Risiko zu tra-
gen hat, legte gegen den Freispruch Berufung ein
und nun ging eine endlose Mienschieberei an, der
neue Verhandlungen und unzählige Zeugeneinver-
nahmen folgten, bis das Oberste Gericht in
Brünn eine neue Verhandlung anordnete. Bei
der letzten Verhandlung vor drei Wochen wurde
der Beschuldigte neuerdings freigespro-
chen und jetzt erst auf freien Fuß gesetzt. Die
ganze Zeit vom 14. Jänner bis 12. Dezember,
also durch volle elf Monate wurde der
Mann gefangen gehalten wegen einer Sache, für
die er, wenn er bei der ersten Verhandlung nicht
freigesprochen, sondern verurteilt worden wäre,
mit einigen Monaten weggekommen wäre. Der
völlig gebrochene Mann wurde jetzt vom Karls-
bader Krankenhaus in Pflege genommen und es
ist für ihn wahrscheinlich ein magerer Trost, daß
bei der letzten Verhandlung vergeblich die Frage
aufgeworfen wurde, warum gegen das erste frei-
sprechende Urteil eigentlich Berufung eingelegt
wurde. Von einem modernen Geist scheint bei dem
Egerer Kreisgericht wenig zu spüren zu sein und
der Schimmel würde gut tun, eine schnellere
Gangart anzuschlagen. Erst unlängst haben wir
darauf hingewiesen, daß die in die Egerer
Nordbahn Verwickelten sich bereits seit mehr
als einem Jahre in Untersuchungshaft be-
finden, ohne Gewissheit über ihr weiteres Schick-
sal erlangen zu können. In einem anderen Falle
wurde ein Mann unter dem schrecklichen Verdacht
des Mordes gefangen gehalten, der durch Zeugen
nachgewiesen konnte, daß er zur Zeit des Mordes in
Karlsbad war. Abg. Genosse Hillebrand mußte erst
die Intervention des Justizministers anrufen,
damit dem Mann die Freiheit wiedergegeben
wurde. Sonst hätte der Beschuldigte sitzen können,
bis der wirkliche Mörder gefunden wurde.

Eine große Handelsangestelltenversammlung
in Prag. Gestern abends fand eine vom „Boz“
einberufene Protestkundgebung der Prager Han-
delsangestellten in Pilsener Platz statt, zu der Tau-
sende Angestellte erschienen, sodas der große Saal
hoch überfüllt war und Hunderte, die später kom-
men, sich nicht mehr Einlaß verschaffen konnten.
Als erster Referent sprach Abg. Klein, wel-
cher auf die Kündigung des Kollektivvertrages so-
wie auf den Verrat der C. o. V. hinwies und die
trotzlose Lage der Angestellten schilderte, die sich
durch die angelegte Lohnreduzierung noch ver-
schlechtern soll. Der Vorsitzende Gen. Weis er-
klärte zum Schluß, daß die wirtschaftliche Lage
der Angestellten mit jener übereinstimme, in
welche durch das Moskiregime die Staatsange-
stellten gedrängt wurden, und forderte zum Kampf
in der Einheitsfront mit dem übrigen Proletariat
auf. Seine Worte fanden großen Beifall, ins-
besondere als er zur Mobilisierung der
„Roten Fremden“ gegen die „Weiß-
Ruten“ aufrief. Die Kundgebung hat be-
wiesen, daß die Prager Angestelltenchaft klassen-
bewußt, und sozialistisch ist. Es wurden zwei Re-

Hans Goslar glaubt zwar — in Überein-
stimmung mit vielen andern Amerikareisenden
— nicht, daß in absehbarer Zeit der „reine So-
zialismus“ (der drüben mit Bolschewismus ziem-
lich wackler in einen Topf geworfen wird) grö-
ßere Massen des amerikanischen Volkes hinter sich
zwingen wird. Es ist aber damit durchaus nichts
gegen die Wahrscheinlichkeit gesagt, daß der So-
zialismus als Wirtschaftsprinzip in den Vereinig-
ten Staaten noch eher als in Europa zum Siege
gelangen wird. Und zwar als ein unvermeidliches
Ergebnis der Klassenkämpfe, die heute schon mit
steigender Erbitterung zwischen Unternehmern und
Arbeitern ausgefochten werden. Goslar selbst er-
kennt an, daß die amerikanischen Gewerkschaften
im letzten Jahre in ein neues Kampfstadium
eingetreten sind. Mit jeder Kraft wird um jeden
Cent Mehrlohn, um jede Minute Arbeitszeitver-
zögerung gekämpft. Dieses Ringen muß schließlich
den Arbeiter, zumal in Verbindung mit dem
Kampf gegen die Preistreiber der Trusts, den
er nebenher noch als Konsument zu führen hat,
den Weg zum Sozialismus weisen, mag seine
Abweigung gegen parteipolitische Doktrinen
auch noch so groß sein. Daß aber im übrigen auch
in geistiger Beziehung drüben noch alles im We-
den ist und sich deshalb schwer voraussagen läßt,
welche Wandlungen in den Köpfen noch vorgehen
werden, darüber belehrt das Kapitel vom geistigen
Amerika, das über die Presse, die Kirche, die
Volkshochschulen, Hochschulen, Kunst und
Wissenschaft in den Vereinigten Staaten in ihrem
gegenwärtigen Zustand ein ganz ausgezeichnetes
Bild gibt. Es entwickelt sich fraglos drüben eine
neue Kultur, über die mit den gebräuchlichen
europäischen Schlagworten nicht hinwegzukommen
ist, sondern die geradezu entscheidend für die Zu-
kunft der Menschheit überhaupt sein wird.
Freilich ist Amerika zurzeit noch so sehr mit

solutionen angenommen, eine, in der ver-
langt wird, daß ein legaler Gehilfen aus-
schuß anstatt des jetzigen eingesetzt werde, und
eine zweite, die sich gegen die Lohnredu-
zierung ausspricht.

Arbeiterdemonstrationen in Mähr.-Ostrau.
Gestern vormittags veranstaltete der hiesige po-
litische Verein „Spravedlnost“ eine Arbeits-
losenversammlung, bei welcher kom-
munistische Redner sprachen. Nach der
Sitzung demonstrieren die Teilnehmer in den
Ostroyer Straßen und forderten die Arbeiter
auf, die Arbeit einzustellen. Später wurde eine
Volksversammlung am Marktplatz abgehal-
ten, von wo aus zum Vorsitzenden der städti-
schen Verwaltungskommission Abg. Profes eine
Deputation entsendet wurde. Die Demonstra-
tionen dauerten bis zum Abend. Es
wurden drei Personen verhaftet, die nach Ver-
gütigung wieder freigelassen wurden.

Die Kosten der tschechoslowakischen Aus-
landsvertretungen. Der „28. Řiken“ berichtet,
daß der tschechoslowakische Gesandte in Dänemark
ein Jahreseinkommen von 57.600 dänischen Kro-
nen bezieht, was 374.400 Kc gleichkommt. Der
dänische Außenminister erhalte samt den Re-
präsentationsausgaben bloß 38.050 dänische Kro-
nen jährlich. Dazu habe unsere dänische Gesand-
tschaft noch ein Automobil, dessen Chauffeur jähr-
lich 117.000 K kostet. „Unsere Auslandsvertre-
tungen können sich“, so meint dieses Blatt weiter,
„ruhig mit den Vertretungen der reichsten und
größten Staaten messen. Denn sie werden nicht
aus Gründen der Rücksichtlichkeit, sondern nur
aus Gründen der Repräsentationsfä-
higkeit geschaffen.“ Als Beispiel führt das
Blatt Dänemark selbst an. Die Gesamtsumme un-
seres Geschäftes mit diesem Staate ist nur um ein
Gerin角度 größer, als die Summe, die für un-
sere Vertretung in diesem Staate ausgegeben
wird.

Die internationale Konferenz in Köln be-
ginnt bereits übermorgen. Am Donnerstag
tagen die Exekutiven der Londoner Internatio-
nale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft noch
getrennt, am Freitag beginnt die gemeinsame
Tagung der beiden Exekutiven.

Die Genosse Fechenbach im Zuchthaus lebt.
Die Berliner „Welt am Montag“ schreibt, daß
Fechenbach im Kerker unter dem strengsten
Zuchthausregime leben muß und daß er nur
einmal im Vierteljahr einen Brief schreiben
oder einen Besuch empfangen darf. Größtge-
wisse soll diese Frist auf sechs Wochen herabge-
setzt werden, wenn es sich durch zehn Monate keiner
Disziplinarverletzung schuldig macht.

Antisemitische Ausschreitungen in Polnisch-
Tschchen. Nach der Zuteilung von Polnisch-Tschchen
an die Republik Polen, hat die polnische Reoie-
rung zum Zwecke der Polonisierung in Tschchen
ein landwirtschaftliches „Musterquartier“ für Lehr-
zwecke an landwirtschaftlichen Hochschulen errich-
tet. Dieses Musterquartier wird durchwegs von Söh-
nen der höchsten polnischen Aristokratie besetzt,
die nun in Tschchen Polonisierungsarbeit betrei-
ben. Diese „Arbeit“ besteht in antisemitischen
Ausschreitungen, bei denen die Polizei — ieden-
falls auf Verleht — unstätig zusieht. Unser Tschchen
Bruderblatt berichtet nun über neue Aus-
schreitungen: Am letzten Freitag wurden wieder-
um am Wohnhause eine Anzahl jüdischer
Bürger überfallen, aus den Hägen herausge-
holt, geohrfeigt und verprügelt. Man
warf die Wehrlosen auf das Eisenbahnaleis und
unter die Räder der Eisenbahnwagen. Mit tie-
sen Vorgängen beschäftigte sich die Stadtveror-
dnungsversammlung, welche feststellte, daß das
Hauptverbrechen die Polizei trifft, die dem Trei-
ben tatenlos zusehen hat. Der Schaden, den
der nationallistische Studentenpöbel verursacht hat,
belaßt sich auf mehrere Hunderttausend Mark,
abgesehen von den Schmierereien nach Korfanth-

sich selbst beschäftigt — auf die Regefrage, die
ein Kapitel für sich bildet, kann hier ebensovienig
eingegangen werden, wie auf die höchst interessan-
ten Betrachtungen, die Goslar über die amerika-
nische Frauenemanzipation anstellt — daß es ein
Trugschluß wäre, wenn man in Europa immer
noch den Wahn hegt, die Hilfe für uns könne
von drüben und nur von drüben kommen.

„Sympathien und Antipathien“, sagt Goslar,
„spielen in politisch-wirtschaftlichen Fragen beim
Amerikaner keine Rolle. Ebenso wie er im Ge-
schäftsleben den fast immer nur auf wöchentliche
Kündigung angestellten Clerk auf die Straße setzt,
wenn die Beschäftigung nachläßt, so rührt es ihn
im „gemeinen sehr wenig, wenn im großen welt-
politischen und weltwirtschaftlichen Bogkampf ein
Kämpfer vor die Hunde geht. Man kann von ihm
eine Förderung Deutschlands auf dem Wege der
Kredithilfe nur erhoffen, wenn er greifbare und
sichtbare Erfolge auch für Amerika davon erwar-
tet. . . . Almosen gibt Amerika, aber geben viel-
mehr diejenigen, die durch Barde des Blutes oder
durch feilsche Gemeinkomtheit sich mit Europa
verbunden fühlen. Das eigentliche Amerika aber,
das anglosächsische, offizielle, sieht nicht nach Osten
übers Meer — höchstens nach Westen — es horcht
in sich hinein, steht nur sich selbst, sinnt und ar-
beitet mit jeder Energie nur an seinen Aufgaben
und Zukunftsplänen.“

Wie diese wenigen Sätze den Geist des heu-
tigen Amerikanertums kennzeichnen, geben sie zu-
gleich eine Probe des Illusions- und vorurteils-
freien Blickes, den der Verfasser des Buches
„Amerika 1922“ in die neue Welt getan hat. Der
europäische Leser kann viel daraus lernen, vor
allem die Hauptregel amerikanischer Lebensweis-
heit: Hilf dir selbst, so helfen dir auch die andern!
R. P.

scher Kapitalkonflikt. Die deutschen und jüdischen
Stadtvertreter wiesen darauf hin, daß, wenn sich
die Polizei der Sache nicht mit mehr Energie an-
nehme, würde man gezwungen sein, sich an das
Breschauer Ministerium zu wenden. Die polni-
schen Parteien gaben daraufhin die Erklärung ab,
daß der letzte Schritt nicht zu erfolgen brauche,
da man jetzt alles unternehmen wolle, um in Zu-
kunft Ausschreitungen zu unterbinden, allerdings
verurteilte man die Vorgänge nicht, sondern
suchte sie als „Studentenstreiche“ zu entschuldigen.

Die rumänische „Fürsorge“ für Vessarabien.
Ueber das brutale Wüten rumänischer Gendar-
men berichtet unser Czernowitzer Bruderblatt, der
„Vorwärts“: Eines Tags kamen Gendarmen aus
Soroica in das in dem gleichnamigen Bezirke ge-
legene Dorf Raco v ä t, um Ochsenführer zu re-
quirieren. Hierbei kamen sie auch in das Gehöft
des Grundwirts Ganga, mit dem sie in Streit
gerieten, weil Ganga nur zwei Ochsen hatte und
wegen der schlechten Wege Biergespanne notwen-
dig waren. Man traf die Anordnung, daß die Och-
sen Ganga mit jenem eines anderen Bauern zu-
sammengespannt werden. Aber die Gendarmen
vergaßen den Streit nicht und auf dem Wege zum
Gemeindehaus wurde Ganga mißhandelt und
dann — ganz einfach erschossen. — Ein Doppel-
mord ereignete sich in Sireti, im Bezirke Ri-
schinow. Dort verfuhr ein Gendarm namens
Sufac die Tochter des Grundwirts Nicolai Jalba
zu vergewaltigen. Die Bauernburchen Petre
Rosca und Ion Ciobotariu sowie der Bruder der
Ueberfallenen, Spiridon Jalba, befreiten das Mäd-
chen, gerieten aber mit dem galanten Gendarmen
in Streit. Es kam zu einer Prügelei, in deren
Verlauf Sufac solche Verletzungen erlitt, daß er
kurz darauf starb. Sofort wurden die drei Bur-
chen sowie der alte Nicolai Jalba verhaftet und
nach den üblichen Martern nach Rischinow über-
stellt. Am 15. Dezember wurden der alte Jalba
und Ion Ciobotariu aus der Haft entlassen,
Petre Rosca und Spiridon Jalba aber unter Es-
kortie weggeführt und bei der Maut von Suleni
— an der Stadtgrenze von Rischinow — nach
unerhörten Mißhandlungen ermordet.

Die Disziplinierung eines Dichters. Sabas
weiß Blätterberichten zufolge zu melden, daß nach
einem einstimmigen Beschlusse der Untersuchungs-
kommission des Rates der Ehrenlegion Victor
Margueritte wegen seines letzten Romanes,
dessen Inhalt als unmoralisch anerkannt
wurde, aus der Ehrenlegion ausge-
schlossen wurde. Diese Entscheidung wird
wahrscheinlich in der nächsten Woche in einem Er-
lasse des Präsidenten genehmigt werden. Die
Brüder Victor und Paul Margueritte gehören
zu den freisinnigsten, künstlerisch ernsthaftesten
Dichtern Frankreichs. Es ist für den Geist der
bürgerlichen Republik von 1922 bezeichnend, daß
sich die Moralitätskennschneiderei der Pfaffen durch
ihre geistig angeblich führende Körperschaft so
jämmerliche Bütteldienste leistet.

Der Kampf der Schwarzen gegen die Feuer-
bestattung. Aus Wien wird uns unter dem
3. Jänner gemeldet: In der Sitzung des Ge-
meinderatsausschusses der heute über die Feuer-
bestattungsordnung beraten soll, machen die
Christlichsozialen Obstruktion, um zu verhindern,
daß diese Verordnung nächste Woche in den Ge-
meinderat kommt. Es wird aber trotz der Ob-
struktion der großen Reden der „hriftlich-
sozialen, die sie heute halten, sicherlich zur An-
nahme der Feuerbestattungsordnung kommen.

Abfassung des Adels in Rumänien. In
einer der letzten Sitzungen der „großen Ver-
fassungskommission“ in Bukarest, wurde die Aufhe-
bung der Adelsrechte beschlossen.

Verhaftung eines Museumsdiebes. Im
Dresdner Stadtmuseum wurden dieser Tage
aus einer Vitrine die beiden Trauringe des
Dichters Otto Ludwig und seiner Frau und eine
Otto Ludwig gewidmete silberne Ehrennadel ge-
stohlen. Es gelang dem Dieb in der Person des
43jährigen Schauspielers Schrent aus Königs-
berg zu verhaften. Er ist wahrscheinlich der
Einbrecher, der in der letzten Zeit die aufsehen-
erregenden Museumsdiebstähle im Kaiser Fried-
rich-Museum in Berlin, im Hamburger Kunst-
gewerbemuseum, in den Museen in Hannover
und Erfurt verübt hat und vor allem der Dieb
der Trauringe Göthes und seiner Frau sowie
der goldenen Uhr aus dem Nationalmuseum in
Weimar.

Festnahme einer gefährlichen Räuberbande in
Olmütz. In den letzten Wochen bildete die Bande
des Räuberhauptmanns Konecny in den Schrei-
len Mittelmärens. Konecny brach am 5. Juni
v. J. aus dem Olmützer Kreisgericht aus und
hatte bald eine größere Bande um sich gesammelt,
mit der er besonders Raufereien ausübte.
Trotz der eifrigsten Nachforschungen gelang es nie,
den jeweiligen Bohorn Konecny auszufahren.
Am 2. Dezember wurde die feuerfeste Kassa in
der Olmützer Militärbauabteilung erbrochen und
um 48.000 Kronen beraubt. Als einer der Tä-
ter wurde der Soldat Adalbert D o s o n d i l ver-
haftet. Bei D o s o n d i l fand man ein Seil, dessen
sich die Einbrecher bei der Militärbauabteilung
zum Ueberklettern einer Mauer bedienten und das
D o s o n d i l von Konecny am 22. Dezember in der
Nähe der Ortschaft Drozbein bei Olmütz über-
geben worden war. Aus dieser Feststellung er-
schloß die Polizei, daß Konecny sich in der Nähe von
Olmütz aufhalten müsse. Neue, genauere Nach-
forschungen ergaben, daß Konecny sich seit vier-
zehn Tagen in Olmütz-Hobolein, einem als Ver-
brecherfluchtpunkt bekannten Stadteil von
Groß-Olmütz, aufhalte. In der Silbesternacht
begaben sich zwölf schwerbewaffnete Wachleute
unter Führung des Polizeinspektors S i o e i l
nach Hobolein, umstellten den Schlafzimm-
Konecny und forderten Einlaß. Konecny ver-
suchte durch das Fenster zu entfliehen, n. a. h. je-
doch rasch in einem Holzschuppen Deckung suchend,
als er die Wiperrkette der Polizisten sah. Aus
dem Schuppen feuerte er acht Schüsse gegen das
Dach ab, da ihm ein Polizist nachgefolgt war.
Die Polizisten forderten Konecny zur Uebergabe
auf und begannen Salven gegen den Schuppen
abzufeuern, als Konecny nicht antwortete. Der
Räuberhauptmann ließ sich festnehmen und wurde
zuerst auf die Wachtstube gebracht. G. i. c. h. e. . .
wurden in Hobolein die Frau des Konecny, sowie
der Besitzer der Wohnung, in der Konecny
wohnte und dessen Sohn festgenommen. Beim
Verhör gab Konecny an, daß er sich seit seiner
Flucht aus dem Kreisgericht in den verschieden-
sten Orten Mittelmärens aufgehalten habe und
daß er an den ihm zur Last gelegten Verbrechen
weniger Anteil habe als seine Komplizen Stefan
G r u n t, Adolf D i s o v s k y und Anton
D o s a l. Diese drei wurden noch in der Sil-
besternacht festgenommen. Von der Bande feh-
len noch R o v h, S t a r p i l und V o j a c e k, drei
gefährliche Einbrecher. Konecny hat bei seiner
Einvernahme dann weiter eingestanden, daß seine
Bande an vielen größeren Einbrüchen in der letzten
Zeit beteiligt war. Er selbst habe jedoch nur sel-
ten „mitgearbeitet“. Die Aussagen der übrigen
Bändermitglieder decken sich im großen mit den
Angaben Konecny's. Nur bezeichnen ihn die an-
dern durchwegs als ihren Führer und den Initiator
der verschiedenen Verbrechen. Konecny
wurde dem Kreisgerichte eingeliefert.

Eine gefällige Maßnahme der Pilsener Staats-
bahndirektion. Die Staatsbahndirektion in Pil-
sen hat mit 1. Jänner ganz unvermutet die Fahr-
preise auf der Strecke Karlsbad-Marienbad um
fünfzig Prozent verteuert. Während
auf allen übrigen Strecken der Staatsbahn keine
Verteuerung eintrat, hat sich die Staatsbahn-
direktion in Pilsen bemüht gefühlt, gerade auf
dieser Strecke, die durch rein deutsches Gebiet
führt und auf der überdies vor kurzem der Ver-
kehr auch erheblich verschlechtert wurde, diese Maß-
nahme durchzuführen, die einen gefälligen Akt
gegen die Bevölkerung dieses Gebietes bedeutet.
Wie unser Karlsbader Parteiblatt berichtet, wird
gerade diese Strecke in bedeutendem Maße von
Arbeitern und Schülern und auch von solchen
Personen benützt, welche Lebensmittel nach
Karlsbad bringen. Wir erwarten, daß sich das
Eisenbahnministerium zu diesem willkürlichen Akt
der Pilsener Staatsbahndirektion äußern wird
und die durch nichts gerechtfertigte Fahrpreis-
erhöhung rückgängig macht.

Der „kleine Grenzverkehr“ zwischen Sach-
sen und Böhmen. Nach den neuen Bestimmungen
der sächsischen Regierung über den sogenannt-
en „kleinen Grenzverkehr“ ist nunmehr zur Ueber-
schreitung der Grenze ein Reisepaß erforderlich,
für Ausländer außerdem der Sichtvermerk einer
deutschen Behörde. Bewohner eines Grenzstrei-
fens von etwa zehn Kilometer können auch fern-
hin die Grenze ohne Reisepaß und Sichtvermerk
übertreten, wenn sie besondere Zusatzeinver-
einungen haben, die aber höchstens für einen Mo-
natsmonat gelten. Die bisher ausgestellten Zu-
satzeinvernehmen haben ihre Gültigkeit verloren.
Uebertretungen dieser Bestimmungen werden
mit 1500 Mark Geldstrafe oder Haft bis zu vier-
zehn Tagen bestraft.

Unsere Toten. Die Arbeiterbewegung in West-
böhmen hat wiederum einen schweren Verlust er-
litten. Der „alte Hüller“ ist dieser Tage gestor-
ben. Genosse Josef Hüller hat die Anfänge der
Parteibewegung in Deutschböhmen mitgemacht und
war Mitbegründer aller Arbeiterorganisationen
im Egerer Gebiete. Seine Parteilichkeit reichte
bis in das Jahr 1889 zurück. Nach als ein
Menschenalter hindurch diente er in beispielgebender
Treue der Partei und dem Sozialismus und die
deutschböhmisches Arbeiterschaft wird ihm, der
weit über die Grenze seines engeren Wirkungs-
kreises hinaus bekannt war, ein ehrenvolles Anden-
ken bewahren.

Im Zeichen der Arbeitslosigkeit. Die Blät-
ter bringen folgende ebenso knappe wie vielsei-
gige Meldung: Um die ausgegliederte Stelle
eines Wachtmannes in Prohnik haben sich fünf-
und-ert Bewerber gemeldet, darunter Mittel-
schulabsolventen und ehemalige Offiziere.

Kündigung des Kollektivvertrages in den Prager
Gastwirtschaften. Die Genossenschaft der Prager
Gastwirte hat beschlossen, den Kollektivvertrag zu
kündigen. Der Vertrag läuft am 1. April ab.

Rausbergung von Arbeitern. In der Fabrik
für Beleuchtungskörper und Brenner der Firma
Nimr u. Co. in Prag-Weinberge erlitten Dienstag
nachmittags 20 Arbeiter und Arbeiterinnen durch
aus dem Ofen strömendes Gas Vergiftungen, die bei
den meisten nicht bedenklich waren, so daß sie nach
ärztlicher Hilfeleistung in häusliche Pflege entlassen
werden konnten. Zwei der Arbeiter aber, R. V a n a s
aus Brschowitz und die J. M e r e i aus Ruffe mußten
in das Allgemeine Krankenhaus überführt werden.

Brand des Tschaslauer Theaters. Wie „Nac.
Listy“ melden, ist in der Nacht zum Dienstag im De-
korationsmagazin des Theaters in Tschaslau ein
Brand ausgebrochen, der bald solche Dimensionen
annahm, daß das Theatergebäude vollständig in Asche
gelegt wurde.

Wahrmord. In dem Marktleben B o j o w i k
in Mähren kam am Neujahrstage der Maurer D o s t a l
in angeheitertem Zustande nach Hause und be-
gann seine Frau zu prügeln. Als ein Sohn sich der
Mutter annahm, entstand eine Rauferei, in welcher
der Sohn dem Vater ein Messer ins Herz stieß. Der
Vater war sofort tot, der Sohn meldete selbst bei
der Gendarmestation seine Tat.

Deutsche Bauern von heute.

I.

Dem reichen Stoffbauern von Rammels- hausen habe ich nach Friedensmarkt berechnet. Dabei habe ich mir für jene Friedensmarkt einen Zentner Weizen ausgegeben und den Rest mit dem damaligen Teuerungssindex vermehrt, in Papiermark gestellt.

Darauf er: „Unser Dost'r ist narret worden. Für zehn Mark möcht' er ein Zentner Weizen. Dem will's zeiga. A mu's Pfriandhäusle ward baut und wenn's fünf Millionen kost. Bis is's a maul sell brauch, kommt dau a miar Dost'r nei. 's geit ja gnuaz so Hungerleider. Für zehn Mark an Zentner Weiza. Rem narret!“

II.

Der alte Kreuzhofbauer ist gestorben. Be- habelt wurde er in seiner letzten Krankheit nicht, aber zur Leichenschau braucht man nicht. Dabei klagt mir die junge Kreuzhofbäuerin, des Ver- storbenen Tochter: „Mei Gott! Viel hat er no leiba müssa, der guate alte Vater.“ — „Warum haben Sie mich nicht rufen lassen, um seine Schmerzen zu lindern?“ — „Was? Weaga an alta Ma, doam sei Geadle so scho auf d'Noig' gaut, heut so an tuira Dost'r hofa? Was moinet Ihr denn?“ — „So!“ — „Ja!“

Aber a ganze Seite standesgemäher Trauer- anzeige von der „untröstlichen“ Tochter ist im Blättle g'standen und an schöna tuira Leich mit Musie hant's geaba. Ueber hundert Personen sind auf'm Leichnam g'wesa. D'Kreuzhofbäuerin hat an muia Trauermantel kauft um zwaimahl- hundertfufzigtausend Mark. Mei! Halt's Müggel von am halba Monat.

III.

Zweispännig kam der Oberhofer während der Sprechstunde angefahren. „Mei Bua hat scho vierzehn Tag Bauchweah. Heut g'fallt'r mir nim- ma. Fahret mir glei mit!“

Dort angekommen, finde ich einen zehnjäh- rigen Jungen in Agonie. Schwere Blinddar- entzündung.

„Der Junge wäre leicht zu retten gewesen. Jetzt ist's zu spät, und keine Arznei der Welt konnte hier mehr helfen. Warum rufen Sie mich so spät?“ — „Ja, weagt am Bauchweah holt ma doch heit sein so tuira Dost'r.“

Dabei hat der sparrige Mann vor einigen Tagen einen Teil seines Weizens um eineinhalb Millionen verkauft. Mischgeld nimmt er jeden Monat viele Hunderttausend ein, und seine Ban- noten hat er listigweise unter seiner Verwal- tung stehen.

IV.

Neben mir wohnt ein Tierarzt. Dem Manne geht es gut. Er hat reichlich zu tun, berechnet nach Weizenpreisen und wird auch so bezahlt. Ein Kalb und eine Sau ist eben heute doch viel wertvoller als ein Kind. Einen alten Vater vollends an Bett mit einem Ochsen oder gar einem Pferd vergleichen zu wollen, das kann überhaupt nur einem ganz „narretten“ Doktor einfallen.

V.

„Die Huberbäuerin hat die besten Kühe der ganzen Umgebung. Es ist einfach nicht denkbar, daß von ihr eine solch gehaltvolle Milch abge- liefert wird.“ So sprach eines Tages der Vor- setzer der Verteilungsstelle im Städtchen zum Gendarm. — „Sie versichert hoch und teuer bei allen Heiligen, daß sie von ihren Kühen keine andere Milch bekomme und unverändert abliefe- re. Ich schlage vor, die Bäuerin in meiner Anwesen- heit eine Melkung zur Probe vornehmen zu lassen.“ meint der Mann des Gesetzes.

„Bei Jesus Christus, wie kann m'r mir nur au mit so ebbs' lumma! Aber woll, do lorget nu zu, i will Euch's zeiga.“ So kiffte die Bäuerin den Hüter an und setzte sich auf den Melkstuhl. Eifrig zog sie die Zigen. „Gute Ver- richtung.“ wünschte der Mann der Ordnung.

Unen angelangt, blühten wir einander an wie zwei Schuljungen, die die Schule geschwänzt haben und nach dem Lehrer gegenüberstehen wer- den. „Weiben Sie hier, Bildl.“ bat der Filmböng. „Sie müssen am Morgen mit ihm reden. Ich tue es nicht.“

„Ich werde bleiben.“ Ich blidte auf die Uhr. Es war nach eins. „Geben Sie mir einen Weker.“ sagte ich. „Denn Zimmermann erwacht mit den Vögeln und wir dürfen ihn nicht durch das Fen- ster fliegen lassen.“

Sobald der Morgen graute, klopfte ich an Zimmermanns Tür, ganz leise, um ihn nicht zu wecken, falls er schlafte. Doch erwiderte er sogleich „Herein“. Und da ich eintrat, sah er am Fenster und blidte hinaus.

Ich blieb besungen inmitten der Stube stehen und begann: „Natürlich weiß ich, Herr Zimmer- mann, daß ich mir viel erlaubt habe.“

„Sie haben es gesagt.“ Und seine Augen wa- ren furchtbar.

„Aber.“ entschuldigte ich mich, „Sie kennen diese Leute nicht. Wissen Sie denn, daß man in jenem Zimmer eine Höllenmaschine verfertigt hatte? Und daß am folgenden Morgen in allen Zeitungen gestanden hätte, Sie haben jemanden in die Luft sprengen wollen?“

Zimmermann entgegnete: „Wäre es das erste- mal gewesen, daß man über mich Lügen ver- breitet?“

„Ich weiß ja, was ich getan habe.“

„Sie können es nicht begreifen, sind viel zu unwissend.“

Ich sentie den Stopp, um die Rüge hinzu- nehmen. Sofort ward meine Stimme milder: „Sie sind selbst ein Teil des Moblands, können nicht dafür. Im Mobland ist nicht einmal ein anstän- diges Martyrium möglich.“

Brummend über den misstrauische Wächter, berichtet die Bäuerin ihr Werk. Plötzlich ein Klatsch: eine Flasche war den Falten des Kleides der Bäuerin entglitten und lag, noch etwas Wasser ergießend, zerbrochen auf dem Boden. Der größere Teil des Bockers hatte unter dem Schutze der Röde der Wäckerin, unbemerkt von den Augen des Gefeszes, schon den Weg in den Melkstuhl gefunden.

„Drei heilige Messe loß i lese für Euri tote Frau un will an sunschit brav mithelfe am guete Werk zum lifau. wenn'r mi nit ver- rotet!“ schmeichelt die Wäckerin den Beamten an. Doch dieser tut seine Pflicht.

Es ist halt eine schlechte Zeit für fromme Leute!

Jungvölk aufholt.

Der aus seinen pädagogischen Schriften be- kannte Lehrer und Schriftsteller Paul Georg Münch, hat einen Versuch im Sinne der Völkerverböhnung gewagt, der die Aufmerksamkeit weite- ster Kreise auf ihn lenken wird. Er hat die Som- merwochen dieses Jahres mit 26 Jungen und Mädchen zwischen dreizehn und sechzehn Jahren auf Zelt verlegt, mit Jungvölk aus sechs deut- schen Gauen, ferner aus Schweden, Polen, Mos- kau, Armenien, Galizien, aus der Tschechoslowakei, aus Wien, Italien, aus der Schweiz, aus Eng- land und Amerika! Von seinen Erfahrungen erz- ählt ein Buch (das soeben bei Dürr, Leipzig, erscheint) mit dem Titel: „Mit Jungvölk aller Länder auf Zelt. Ein pädagogischer und völkerverböhnender Versuch.“

Es hatten sich Kinder aus fortschrittlichen und Gemeindeschulen und Kinder der sogenannten alten Lernschule zusammengesunden, Proletarier- kinder und Schüler des Gymnasiums, und es i- nteressiert zunächst zu hören, was die Kinder der verschiedenen Schulgattungen mit der goldenen Freiheit anfangen. Die Gymnasialisten bauten im Seefand, formten im Schlamm des Watts — auf die geistige Ueberbürdung folgte die ganz natürliche Reaktion. Der unterdrückte Spieltrieb forderte sein Recht. Die Kinder der alten Händel- schule sangen auf dumme Maß- und Moris- Streiche; die Kinder der modernen Gemeinschafts- schule aber empfanden die Freiheit nur als Fort- setzung ihrer sonstigen Schulzeit; sinnlose Lust- sprünge stellen sich nur dort ein, wo Gängelbän- der fallen.

In Münchs Zelt waren Vertreter von acht Religionen und Bekenntnissen, auch ein kleiner polnischer Jude hatte sich eingefunden. Er wurde zunächst, wie es in manchen Kreisen zum guten Ton gehört, gepörselt und bespöttelt. Wie die Jungen und Mädchen aber schließlich auch mit dem kleinen Saul aufrichtige Freundschaft schlos- sen, nachdem der Armenier Judenpörsome ge- schildert und die kleine Engländerin über Haupt- manns „Das trennt, ist Frrium“ nachdenken ge- lehrt hatte — das ist eins der tiefsten Kapitel dieses geschwollenen Buches.

Münch druckt die Palate an den Bischofs- säulen von Westerland ab, vor denen die neue Ju- gend die Faust halten lernt. Da ist von „Apachen- fester“ die Rede, von „Dumdschönheitskonkur- renzen“, von „Venezianischen Nächten verbunden mit Tanzmusik auf dem Markusplatz in Vene- dig“, von „Devisenfesten“, und „Prämierung des schönsten Damentuies“. Und was treiben die Her- ren, wenn sie gerade nicht das Damentuie begut- achten? „Belohnung. In der letzten Nacht sind schwarzrotgoldene Flaggen am Strande herunter- gerissen worden usw.“ Münch schreibt: Ein guter Erzieher zum neuen Menschentum ist der Ziel vor dem gewissenlosen Treiben dieser armseligen Patentkreuzer.

Nicht durch noch so begeisterte Broschüren und Rathederrreden kann eine neue Völkergesell- schaft aus dem Geiste der Duldlosigkeit herbeigeführt werden, es muß praktische Aeinarbeit geleistet werden. Münchs Zelt ist ein kleiner, nütziger

Schritt vorwärts! Er will den Versuch in den kommenden Jahren wiederholen und auf breitere Grundlage stellen. Das gedankreiche, unterhalt- same geschriebene Buch mühte in alle Sprachen übersezt und vom Völkerverbund in jede Volks- bücherei eingestellt werden — das wäre vielleicht ein Anfang zur Durchbringung der Welt mit dem Geiste einer Erziehung zum wahren Men- schentum!

Dr. Valerian Tornius.

Kleine Chronik.

Sträflingsausbruch in Stein. In der Silvester- nacht sind aus der Strafanstalt Stein elf Schwer- verbrecher, darunter Sträflinge, die Kerkerstrafen von sechs bis 15 Jahren abzubüßen haben, entsprun- gen, nachdem sie die Mauern der Gefängniszellen durchbrochen und auf abenteuerliche Weise den Weg ins Freie gesucht hatten. Noch ehe die umliegenden Gendarmereiposten von der Flucht dieser Häftlinge verständigt waren, ist es in St. Pölten den Beamten der Bahngendarmrie Pögl und Amböck gelun- gen, drei der Entsprungenen festzunehmen. Sie beobachteten nichts, daß drei Männer in verdächtig- er Weise außerhalb der Ortsgrenze dem Traisenflusse zuschritten und sichtlich bemüht schienen, sich zu ver- bergen. Als sie angehalten werden sollten, ergriffen sie die Flucht. Einer von ihnen sprang in die hoch- angeschwollene reißende Traisen. Er war, wie sich zeigte, ein sehr guter Schwimmer. Pögl sprang ihm nach und erreichte gleichzeitig mit dem Mann das andere Ufer. Der Verbrecher wollte landeinwärts laufen, worauf der Gendarmereibeamte aus seinem Dienstrevolver, den er während des Schwimmens mit der linken Hand über Wasser gehalten hatte, um das Nachwerden der Munition zu verhindern, einen Schuß abgab. Dies veranlaßte den Verbrecher, stehen zu bleiben und sich festnehmen zu lassen. In dessen hatte der Gendarmereibeamte Amböck auch die beiden anderen Entsprungenen angehalten. Die Wiederer- halteten wurden dem Kreisgerichte in St. Pölten ein- geliefert. Ueber die anderen Entsprungenen konnte festgestellt werden, daß drei von ihnen, die tschecho- slowakische Staatsangehörige sind, entflohen waren, die Grenze zu erreichen, um in ihre Heimat zu ge- langen, zwei planten längs der Donau nach Ober- österreich zu entkommen, drei haben die Flucht rich- tung nach Wien eingeschlagen.

Opfer der Berge. An den beiden Neujahrs- feiertagen haben sich, wie die „Arbeiter-Zeitung“ meldet, auf der Raax einige Unfälle ereignet. Zwei Touristen fanden den Tod. Freitag wollten sechs Touristen auf Skien zur Beilstein-Hütte auf- steigen, kamen aber in einen Schneesturm. Die Touristen Albin Göldner und Hans Rudolf wurden gegen den Bismard-Steig abgetrieben. Göld- ner stürzte plötzlich vor den Augen seiner Beglei- ter über eine steile Schneewand ab. Seine Leiche konnte trotz eifrigster Nachforschungen bis heute nicht gefunden werden. — Am Silvesterabend hörte man in der Speckbacher-Hütte aus der Richtung des Alpenvereins-Steiges Hilferufe. Der Ma- nmann der Alpinen Rettungstelle Reichenau, Herr Thäder, der Pächter des Hauses und 20 Touristen, die sich freiwillig zur Verfügung stellten, machten sich auf die Suche. Sie stiegen auf Wiener Touristen, sonter Mitglieder der „Naturfreunde“, die sich ver- stiegen hatten. Die Rettungsmannschaft konnte sämtliche Verstiegenen ausfinden. Die Bergungs- arbeiten dauerten bis 7 Uhr früh, fast 12 Stunden. — Sonntag wurde im Wolfsal von verstiegenen Touristen die Leiche eines Touristen aufgefunden, der sich wahrscheinlich auf dem Wege zum Titohaus auf dem Plateau verirrt hatte und über eine Felswand abgestürzt war. In seinem Rucksack befanden sich 700.000 K. Seine Name konnte nicht festgestellt werden.

Die Wlederauffichtung des Spinnrads. Das Spinnrad, das noch vor 100 Jahren der Stolz aller Hausfrauen in der Stadt und auf dem Lande war, ist im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahr- hunderts von der Bildfläche vollständig verschwun-

den. In alten Bauernstuben fand man es vor dem Kriege noch als Schmuckstück oder als Erinnerung an eine verlorbene Großmutter. Die Tausende und Abertausende von Spindeln verschwanden, warden- ten auf die Speicher oder in Müsen. Aber wie in Deutschland alles um ein Jahrhundert zurückgeht — Wäber werden geschlossen, die Straßenbahnen wer- den stillgelegt, die Zeitungen werden kleiner, man- spart das Briefschreiben und die Telegramme —, so kommt neuerdings auch das Spinnrad wieder in Ehren. Die Garne, Woll-, Web- und Leinenstoffe sind für den kleinen Mann unerschwinglich geworden, so ist man darauf gekommen, alte Spinn- räder wieder in Stand zu setzen und das Spinnen zu erlernen. Schon am Ende des Krieges ist der Flachsbau in der Lausitz wieder aufgenommen wor- den; von der Lausitz aus verbreitet er sich allmählich über ganz Deutschland. Das Spinnrad findet sich heute in der Nieder- und in der Oberlausitz, in Schlesien, in Sachsen und in Brandenburg, und die gewaltige Nachfrage nach Spindeln läßt erkennen, daß das Spinnrad in absehbarer Zeit in den Städten und auf den Dörfern von ganz Deutschland eine Einrich- tung sein wird, die in jedes Haus gehört. Spinn- räder sind ein gefuchter Artikel und in der letzten Zeit ist eine Reihe von Fabriken gegründet worden, die sich lediglich mit der Herstellung von Spindeln beschäftigen.

Ein direktes Kabel zwischen Rom und New York. Zwischen Rom und New York wird ein direktes Kabel gelegt werden, sobald das italienische Parla- ment den Gesetzentwurf annimmt, der das italienische Postministerium ermächtigt, mit der amerikanischen Gesellschaft Western Union bezüglich Legung dieses Kabels zu verhandeln. Die Kabellegung soll später bis Konstantinopel weiter angebau- werden. Amerika würde das Kabel bis zu den Azoren legen, von wo aus Italien die Fertigstel- lung und Weiterlegung übernimmt.

Ein Falcienministerium in Ungarn?

Wien, 3. Jänner. (Tsch. P. B.) Der „Tag“ meldet aus Budapest: Die gestrigen Abendblätter sprechen von der bevorstehenden Demission des Ministerpräsidenten Grafen Bethlen. „Magyar Hirlap“, das Blatt des Grafen Julius Andrássy, glaubt zu wissen, daß Graf Bethlen vom Reichsverweser Horthy, dessen Vertrauen er verloren habe, zum Rücktritt aufgefordert wor- den sei. Derselben Blatte zufolge sei als Nach- folger Bethlens Graf Johann Zichy aus- gesehen, der jedoch schon nach einigen Wochen von einem den führenden Kreisen des Kaisersta- tungs, bezw. der „Erwachenden Ungarn“ ent- nommenen Ministerpräsidenten abgelöst werden soll. Die Ausführenden des „Magyar Hirlap“ werden zum Teile vom „Magyar Ország“ be- stätigt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Das Diktat der Agrarier.

Die Herren Agrarier haben sich aufs hohe Ross gesetzt und wollen den starken Mann spielen. Sie halten die Zeit für reif, die Methoden der „guten alten Zeit“ in Anwendung bringen zu können. Von ihren „Gnaden“ allein — so wollen sie es wieder — soll das Schicksal der Ar- beiter abhängig sein. Ob die Arbeiter dabei existieren können, ist ihnen völlig gleichgültig. Die in der Landwirtschaft bestehenden Lohn- verträge sind seit 1. Jänner ohne Gültigkeit. Bei den bisherigen Verhandlungen über neue Nicht- lünien konnte eine Einigung nicht erzielt werden, da die Forderungen der Agrarier zu hoch waren. Die Löhne der Deputatisten bewegen sich zwi- schen 60 und 150 K monatlich. Von diesen gewiß nicht hohen Löhnen wollen die Unterneh- mer 26 bis 38 Prozent abbauen. Außerdem soll noch eine Kürzung von Deputatbezügen erfol- gen. Bei den Löhnen der Tagelöhner, die sich

Copyright 1923 by Der Verlag Berlin-Gallatz.

Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (45)

Autor. Uebersetzung von Hermynia zur Mühlen.

Die weißbrennenden Klanten stiegen in die anderen Autobusse, die Sirene brüllte auf, unser Gefährt fuhr mit rasender Geschwindigkeit in die Stadt hinein. I. S. und ich klopfen einander auf die Schultern und brüsten vor Lachen, und auch die anderen Klanten brühten, bis auf den großen Herrn des Klans, der neben Zimmermann sah und weinte.

56.

I. S. und ich berieten uns flüsternd, und wir beschloßen, Zimmermann nach I. S.'s Landhaus zu bringen, das etliche Meilen von der „Ewigen Stadt“ entfernt liegt. Dort würde er am sichersten sein. Wir entließen die Klanten, schickten Joe in einem Auto heim, die drei anderen Genossen sollten die Nacht in einem Hotel verbringen. Dann bat ich Zimmermann, in I. S.'s Auto zu steigen. Er hatte noch kein Wort gesprochen, nun sagte er: „Ich möchte allein sein.“ Ich erwiderte: „Ich bringe Sie an einen Ort, wo Sie allein sein können, solange Sie wollen.“ Er bestieg das Auto und wenige Minuten führten I. S. und ich ihn durch des Filmböngs prunkvolles Haus.

Es war uns ein wenig unheimlich zumute, denn Zimmermanns Schweigen wirkte bedrückend. Abermals sprach er: „Ich möchte allein sein.“ Wir führten ihn im oberen Stockwerk in ein Schlafzimmer, ließen ihn dann allein; doch ver- schloßen wir auf alle Fälle die Tür.

„Ich starrte ihn bestürzt an: „Was nützt denn ein Martyrium?“

„Die Menschen können nicht auf andere Art beeinflusst werden; sie befinden sich noch in dem kindlichen Zustand, da sie ein Wutopfer fordern.“

„Ja, aber bedenken Sie doch, was für ein Martyrium“ warf ich ein. „Unwürdig, eindruck- los. Den Körper mit heißem Teer beschmiert, ge- henkt werden wie ein gemeiner Verbrecher.“

Raum hatte ich dies ausgesprochen, so wucht ich auch schon, wie taktlos meine Worte waren. Zimmermann erwiderte: „Ich bin es gewöhnt, als gemeiner Verbrecher behandelt zu werden.“ „Wenn Sie darauf bestehen, gehängt zu wer- den,“ rief ich verzeißelt, „wenn Ihnen das Lie- ber ist als alles andere.“

Ich verstummte, denn er hatte das Gesicht mit den Händen bedeckt. Ich hörte ihn flüstern: „Gestern Nacht betete ich, daß der Kelch an mir vorübergehen möge, und mein Gebet wurde erhört.“

„Sehen Sie.“ versuchte ich ihn zu trösten. „Ich spielte bloß die Rolle der Vorsehung. Lassen Sie mich diese Rolle noch ein paar Tage spielen, bis der Mob dieser verrückten Soldatenjungen die Stadt verlassen hat. Ich schäme mich für sie, aber ich gehöre selbst zu ihnen, kann sie verstehen. Sie haben ja tatsächlich gekämpft und gesiegt. Der Wahnsinn des Krieges steckt in ihnen, die wilden blinden Leidenschaften.“

Zimmermann hatte sich erhoben. „Ich weiß es!“ rief er. „Ich weiß es, Sie brauchen es mir nicht zu sagen. Ich wäde auch nicht die Soldaten, table die Menschen, die sie anstiften — die alten, reichhändigen Männer, die in Geschäftsräumen sitzen und Wahnsinn in die Welt schleudern. Was soll die Strafe dieser Menschen sein?“

„Sie sind harte Gesellen,“ gab ich zu.

„Ich sah sie. Die steingefichtigen Männer. Sie sind Wölfe, die eine Maschine treibt. Sind Wölfe mit polierten Fingernägeln. Sie haben das Land zu einer Heimat der Narren gemacht. Sie haben es zum Mobland gemacht.“

Ich schwieg, wartete, daß sich der Sturm seiner Gefühle lege. Dann sagte ich: „Sie haben recht, Herr Zimmermann, aber die Welt ist nun einmal so. Sie vermögen sie nicht zu ändern.“

Er warf den Arm hoch. „Kein Mensch darf in meiner Gegenwart diese höchste Blasphemie gegen das Leben aussprechen.“

Selbstverständlich verstumte ich, und Zim- mermann setzte sich wieder ans Fenster und be- trachtete den Sonnenaufgang.

Endlich wagte ich mich wieder hervor: „Ihre Freunde bitten Sie ja nur um eines, Herr Zim- mermann: Bleiben Sie hier, bis der Kongress por- über ist. Dann wird es Ihnen wieder möglich sein, die Leute zum Anhören Ihrer Lehre zu über- reden. Solange jedoch die Brigade hier ist, ist dies ausgeschlossen. Die Leute sind wild und roh, sie haben sich der Stadt bemächtigt, tun, was ihnen beliebt. Wenn Sie ihnen auf der Straße begegnen, werden sie Sie demütigen, Sie mißhandeln.“

Zimmermann sprach: „Fürchtet nicht jene, die den Leib töten, sondern jene, die die Seele töten.“

So verstummte ich abermals und nach einer kleinen Weile sagte er: „Mein Bruder, ich möchte allein sein.“

„Wollen Sie mir nicht versprechen, Herr Zimmermann.“

„Ich kann bloß meinem Vater etwas ver- sprechen. Lassen Sie mich allein.“

(Fortsetzung folgt.)

zwischen 60 h und 1 K 60 h bewegen, wollen die Unternehmer eine Kürzung um 30 bis 40 Prozent durchführen. Auch bei dieser Arbeiterkategorie soll noch eine Verringerung anderer Bezüge durchgeführt werden. Dabei ist bereits eine Kürzung der Tagelöhnerlöhne um rund 20 Prozent im Oktober 1922 erfolgt. Eine neuerliche Lohnverminderung in dem von den Arbeitgebern geforderten Ausmaß müßte diese Arbeiter in Zustände führen, die nicht zu ertragen wären. Das ganze Verhalten der Arbeitgeber während der Verhandlungen zeigte schon die Richtung an, die die Unternehmer einzuschlagen gedenken. Es war ihnen vom Anfang an nicht daran gelegen, eine Verständigung zu suchen, sondern sie wollten unter allen Umständen ihr Diktat durchsetzen. Deswegen kamen sie mit einfach unannehmbaren Forderungen. Sie machen sich kein Gewissen daraus, ihre Mitmenschen ins Elend zu stoßen. Sie wissen genau so gut wie wir, daß der Lohnfaktor bei den Produktionskosten nicht das ausschlaggebende ist, sondern andere Kosten viel mehr ins Gewicht fallen. Wenn eine empfindliche Verminderung der Produktionskosten erfolgen soll, müßte eine Verringerung der Preise der übrigen Materialien der Dämpfung ufm. erfolgen. Aber auch Steuern und sonstige Abgaben, die die Herstellungskosten belasten, müßten der Versteigerung der Krone entsprechend abgemindert werden. Das müssen aber die Agrarier selbst von Herrn Secha fordern.

Die Agrarier sind nun der Ansicht, daß beim Kapitel „Lohn“ jene Restriktionen erfolgen müßten, um ihre schlechte Lage zu bessern. Nun ist es jedem denkenden Menschen klar, daß diese Methode nicht zum Erfolge führt. Es gibt auch unter den Landwirten solche, die das einsehen und die mit dem brutalen Vorgehen der Schachmacher in ihren Reihen nicht einverstanden sind. Es ist nicht nur eine Ungerechtigkeits gegenüber den Landarbeitern, ihnen die Existenzbedingungen zu nehmen, sondern die Landwirtschaft schädigt sich dadurch auch selbst. Die Landflucht würde wieder in größtem Umfang in Erscheinung treten. Qualifizierte Arbeiter ständen dann nicht mehr zur Verfügung. Das dies aber kein Vorteil ist, dürfte wohl auch in den Kreisen der Unternehmer bekannt sei.

Aber auch die heutigen Verhältnisse sind nicht darnach angelegt, eine derartige Lohnkürzung, wie sie die Agrarier planen, zu rechtfertigen. Dies behauptet Sektionschef Dr. Pazderka, in einem im „Proger Tagblatt“ veröffentlichten Artikel. Herr Dr. Pazderka steht doch sicher nicht im Verdacht, ein Feind der Landwirtschaft zu sein, denn im zitierten Artikel tritt er für Schutzgölle in der Landwirtschaft ein. Er schreibt: „Die Löhne können nicht so tief herabgesetzt werden; das erlauben die Ernährungsverhältnisse nicht.“ Dies haben wir ebenfalls immer betont. Aber noch folgende Bemerkungen wollen wir aus seinem Artikel zitieren: „Eine Herabsetzung der Löhne ist derzeit nur in geringem Maße durchführbar.“ Das dies ein Mann sagt, der die Bedürfnisse der Landwirtschaft wohl kennt, ist unsso befremdend, da die Arbeitgeber immer den Anschein zu erweiden versuchen, als ob die Landwirtschaft ohne weiteres jene Lohnkürzung verträglich, die sie einfach festsetzen wollen. Diesen Feststellungen des Herrn Dr. Pazderka passen aber durchaus nicht zu den Maßnahmen, die die Arbeitgeberorganisationen in der am 28. Dezember 1922 stattgefundenen Plenarversammlung getroffen haben. Sie haben einfach beschlossen, daß ab 1. Jänner d. J. eine Herabsetzung der Löhne und Deputate zu erfolgen hat. Damit haben sie klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie eine Verständigung mit den Arbeitern nicht wünschen. Sie wollen in rücksichtsloser und brutaler Weise ihren Willen den Arbeitern einfach aufzwingen. Aber die Hochschulpolitiker mögen den Vogen nicht überhören.

Es kann aber auch den kompetenten Stellen des Staates nicht gleichgültig sein, wie sich die Verhältnisse in der Landwirtschaft gestalten. Der Verlauf der bisherigen Verhandlungen zeigt unzweifelhaft, daß die Unternehmer es sind, welche die Dinge auf die Spitze treiben. Die Vertreter der Arbeiter haben die Bereitwilligkeit zu weiteren Verhandlungen stets bekundet. Die Vertreter der Unternehmer wollen sich von der Plenarversammlung die Vollmacht geben lassen, auf einer anderen als der von ihnen vorgeschlagenen Grundlage verhandeln zu können. Die Plenarversammlung der Arbeitgeber hat aber die Möglichkeit der Verständigung erschwert. Die Ritter von der grünen Flagge müssen schon ihre Bestimmung, daß sie allein die Mächtigen sind, abstreifen. Es ist einfach unmöglich, dem anderen Vertragskontrahenten ein Diktat aufzuzwingen. Die Möglichkeit des geregelten Zusammenarbeitens wird nur dann gegeben sein, wenn alle Fragen im vollen Einverständnis der Partner geregelt werden. Auch in der Lohnfrage darf nicht diktiert, sondern muß verhandelt werden. P.

Der neue Kollektivvertrag für das Bankgewerbe.

Vom Verband der Bank- und Sparkassenbeamten in der Tschechoslowakischen Republik wird uns mitgeteilt, daß in der am 3. Jänner L. J. stattgefundenen Besprechung zwischen den Vertretern des „Boaz telostovenský bank“ und den Vertretern der Beamtenchaft eine Vereinbarung über alle grundsätzlichen Punkte des Kollektivvertrages für das Jahr 1923 erzielt wurde. Das neue Uebereinkommen wird in den nächsten Tagen redaktionell fertiggestellt und sodann veröffentlicht werden.

Wie wir erfahren, ist es der Beamtenchaft gelungen, die Forderung der Unternehmer nach der Verlängerung der Arbeitszeit auf acht Stunden abzuschlagen. Die Arbeitszeit in den

Banken wird von nun an siebeneinhalb Stunden betragen. Der Anschaffungsbeitrag ist zwar um 24 Prozent verringert worden, aber es ist zu hoffen, daß die Bankbeamtenchaft in den neuen Verhandlungen, die für den 31. März anberaumt sind, ihre gerechtfertigten Forderungen auf Beibehaltung ihrer ohnehin geringen Bezüge durchsetzen wird. Es zeugt von der Angehellenfeindschaft der Bankkapitalisten, die doch wehrlich unter der Wirtschaftskrise am wenigsten zu leiden haben, wenn sie ihre Millionengewinne noch um jene Beträge erhöhen, welche sie von den Pöhlen der Beamten her unterziehen. Für die Bankbeamten selber mag die Tatsache, daß die rückläufige Bewegung in Wirtschaft und Politik auch vor ihnen nicht macht, ein neuer Beweis dafür sein, daß sie alle Anschläge des Unternehmertums nur durch noch festeren Zusammenschluß innerhalb ihrer Organisation und innerhalb der Organisationen der kassenbewußten Arbeiter- und Angestelltenchaft abwehren können.

Die Wirtschaftskrise in Mähren. Der Verband mährischer Industrieller veröffentlicht soeben — wie wir der „Bohemia“ entnehmen — das Ergebnis seiner monatlichen Umfrage über Arbeiterstand und Beschäftigung. Von 141 Firmen, die normal 36.200 Arbeiter beschäftigten, waren im Jänner 1922 noch 31.482 beschäftigt, im Dezember 18.126. Am ungünstigsten ist die Lage der Textilindustrie. 63 Betriebe mit normal 21.126 Arbeiter haben im Jänner 17.303 Arbeitern Beschäftigung geboten, im Dezember nur noch 48 Betriebe mit 7589 Arbeitern. Von einer Besserung der Lage der Industrie im allgemeinen, wie der Textilindustrie im besonderen, kann derzeit noch nicht gesprochen werden.

Die ständige Konsumentenquelle wird sich in der nächsten Zeit mit der Ueberprüfung der Preise der Möbel befassen; da einzelne Händler in dieser Branche selbst aufmerksam gemacht haben, daß die Preise zu hoch sind. Weiters sollen die Arztgehonorare sowie die Preise der Nahrungsmittel und Getränke in den Bahnhofsrestaurationen einer Prüfung unterzogen werden.

Nach dem letzten Ausweis des Bankamtes betrug der Banknotenumlauf in der Tschechoslowakei am 31. Dezember 1922 10.064.049,600 Kronen, das ist um 658.335.000 Kronen mehr als in der Vorwoche. Die Steigerung des Banknotenumlaufes ist auf den erhöhten Geldbedarf am Jahreseschluß zurückzuführen. Der Salutenvorrat des Bankamtes hat wieder eine kleine Zunahme, und zwar von 22.420.000 Kronen erfährt, sodas er gegenwärtig 657.711.000 Kronen beträgt. Angesichts der Verminderung dieses Salutenvorrates um fast eine Milliarde in den ersten drei Dezemberwochen ist die Vermehrung der letzten Dezemberwoche unbedeutend.

Der Fortgang der Bodenreform. Wie der Präsident des Bodenamtes Dr. Wiszkofsky in „Bentov“ schreibt, erhielten im Jahre 1922 20.000 kleine Landwirte 85.000 Hektar Boden. Für das Jahr 1923 werden 120.000 Hektar und in den weiteren Jahren je 150.000 Hektar zur Zuweisung gelangen. — Zur Entschädigungsbaufür die Bodenreform wurde, wie das gestrige Amtsblatt meldet, das Postschekamt bestimmt.

Warnung an Metallarbeiter vor Auswanderung nach Frankreich! Der französische Metallarbeiterverband teilt dem Internationalen Metallarbeiterverband mit, daß viele ausländische Metallarbeiter und Mechaniker in der Hoffnung nach Frankreich kommen, in den großen Metallwerken und Konstruktionswerkstätten Arbeit zu finden. Diese Hoffnung erweist sich meistens als trügerisch. Entweder werden die Leute gar nicht eingestellt oder werden nach kurzer Zeit wieder entlassen. Die französische Landesorganisation warnt daher vor Zutritt nach Frankreich und macht darauf aufmerksam, daß die französischen Metallarbeiter in den verschiedenen Ländern bestehenden Unterstützungsorganisationen nicht kennen und der Verband somit auch nicht in der Lage ist, den ausländischen Kollegen Unterstützung zu gewähren.

Der Streik der Wiener Telefonangestellten verschoben. Aus Wien wird unter dem 3. Jänner gemeldet: Die Streikgefahr der Telefon- und Telegraphenangestellten ist vorläufig auf acht Tage verschoben. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die neue Dienstordnung — hienrat sie in Kraft — tatsächlich undurchführbar ist. Die Verwaltung des Telefon- und Telegraphenamtes hat sich daher genötigt gesehen, die neue Dienstordnung auf acht Tage zu suspendieren und eine Kommission einzusetzen, die die verschiedenen Telefonämter bereisen wird und innerhalb von acht Tagen eine neue Dienstordnung ausarbeiten soll.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Währ.	Zahl.	Kranz
Paris	100	1620,00
Berlin	100	227,50
Wien	100	2140,00

Prager Kurie.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1273,00	1977,00
100 Mar.	044,00	054,00
100 schwed. Frank.	809,75	812,25
100 Lire	166,75	168,25
100 franz. Frank.	239,25	240,75
1 Pfund Sterling	149,25	150,75
1 Dollar	3205,70	3245,00
100 belg. Frank.	218,25	219,75
100 Dinar	36,75	37,25
100 österr. Kronen	074,65	075,15
100 poln. Mar.	017,25	017,75
100 magyar. Kronen	135,25	135,75

Züricher Schlußkurse.

Paris	88 50,00	Goldsch.	021,75
London	24 54,00	Frang.	16 20,00
Berlin	07,00	100 Mar.	08,25
Wien	27 15,00	100 Arab.	5,60,00
Poland	08,50	1000 Mar.	003,00
Wien	000,0075	Wien. Gen.	000,00

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute, Donnerstag, „Troubadour“; Freitag Gastspiel Mari Wachsch in Gounods „Faust und Margarete“; Samstag nachmittags halb 3 Uhr „Schneewittchen“, abends Uraufführung „Schweiger“; Sonntag nachmittags die Operettenneuheit „Effenbach“, abends unter Jemlinskys Leitung „Rosenkavalier“.

Kleine Bühne. Heute keine Vorstellung; Samstag nachmittags und abends die französische Komödie „Rarissell“; Sonntag nachmittags „Der Werwolf“, abends Premiere „Clown Gottes“.

Gerichtssaal.

Aufregung beim Fußballspiel.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ berichtet aus dem Wiener Gerichtssaal über nachstehendes, interessantes Gerichtsfall: Am 1. Oktober des vergangenen Jahres fand auf dem Rennweger Sportplatz ein Fußballmatch zwischen den Vereinen Nicholson und Kennweg statt. Als das Spiel 1:0 für Nicholson stand, sah sich der Schiedsrichter Emil Weinstein veranlaßt, wegen eines Verstoßes der Kennweger gegen diese einen Elfer zu diktiert, also das Spiel in einen Stand zu bringen, daß die Aussichten für Nicholson noch gesteigert wurden. Diese Entscheidung des Schiedsrichters erbitterte die Kennweger sowie ihre Anhänger derart, daß mehrere Spieler vom Verein Kennweg und zahlreiche Zuschauer auf ihn losstürzten und derart schlugen, daß Weinstein bewußtlos vom Spielplatz getragen werden mußte. Das Spiel wurde natürlich abgebrochen. Da Weinstein angab, daß er zuerst von drei Spielern des Vereines Kennweg mißhandelt wurde — Franz Budin habe ihm einen heftigen Faustschlag aufs Auge versetzt, Karl Fiegl und Heinrich Rziha ihm, als er bereits auf dem Boden lag, Fußtritte gegeben —, waren diese drei Fußballspieler vor dem Bezirksgericht I wegen leichter Körperverletzung angeklagt. Budin erklärte, er sei, als seiner Ansicht nach, der Schiedsrichter gegen die Spielregeln die Entscheidung fällte, in derartige Aufregung geraten, daß er sich nicht habe enthalten können, dem Schiedsrichter eine Ohrfeige zu versetzen. Doch sei der Schiedsrichter schon vorher von Leuten aus dem Zuschauerraum mit Schirmen und Stöcken mißhandelt worden. Die Verletzungen des Schiedsrichters seien nicht durch die Ohrfeige, sondern durch die anderen Mißhandlungen hervorgerufen worden. Fiegl und Rziha geben an, daß sie sich an den Mißhandlungen nicht beteiligt hätten. Weinstein sagte als Zeuge aus, daß er das Spiel ganz unparteiisch und korrekt geleitet habe. Von Budin habe er bestimmt einen Faustschlag aufs Auge erhalten. Ob sich die beiden anderen an den Mißhandlungen beteiligt haben, könne er nicht mehr angeben. Der Richter, Landesgerichtsrat Dr. Krie, verurteilte Budin zu dreißigtausend Kronen Geldstrafe, sprach jedoch die beiden anderen frei.

Turnen und Sport.

Arbeitsplan des 5. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes für das Jahr 1923. Sonntag, 14. Jänner: Wintersporttag für Ski- und Eislaufen, Rodeln und Eisspiele. Zinnwald-Eichwald und Eislaufplatz in Turn bei Tepliz. Jedem Bezirke steht es frei, nachher einen solchen Tag abzuhalten. Im Dezember, Jänner und Februar: 1. Bezirksportturnerstunde getrennt: a) für Turner und Schüler; b) für Turnerinnen und Schülerinnen. Stichproben über die Turnbesuche sind zu machen. Sonntag, 23. Februar: 1. Kreisportturnerstunde in Brüx, Bürgerchule, für Turnerinnen und Schülerinnen. Beginn 8 Uhr früh. Für den 3., 4., 5. und 8. Bezirk. Samstag, den 24. Februar: Zusammenturnen der Schüler und Schülerinnen der umliegenden Vereine. Ab 3—4 Uhr Nachts und 4—5 Uhr Abends. Sonntag, den 4. März: Ruffig, Handelsakademie, für den 1., 2., 6. und 7. Bezirk. Anfang 8 Uhr früh. — Samstag, 3. März: Zusammenturnen der Schüler und Schülerinnen wie in Brüx. Sonntag, den 18. März: 1. Kreisportturnerstunde für Männer und Schüler in Komotau, Bürgerchule, für den 3., 4., 5. und 8. Bezirk. Beginn 8 Uhr früh. Samstag, den 17. März: Zusammenturnen der Turnerinnen der umliegenden Vereine von Komotau. Von 5—8 Uhr abends. Samstag, den 25. März: In Tepliz für Männer und Schüler für den 1., 2., 6. und 7. Bezirk. Anfang 8 Uhr früh. Samstag, den 24. März: Zusammenturnen der Turnerinnen wie in Komotau. 31. März bis 2. April: Sportlehrlern, veranstaltet vom Bund in Ruffig, zu welchem Gen. Guntz aus Berlin gewonnen werden soll. Sonntag, 9. April: Kreisschwimmtag in Ruffig. Winterschwimmkalt. Beginn 8 Uhr früh. Handtuch und Badehose mitbringen. April, Mai und Juni: 2. Bezirksportturnerstunde. Diefelbe soll erweitert sein, das heißt: es sollen auch die Porturner und Turnerinnen teilnehmen und dieselbe im Freien abgehalten werden. Zweck ist, sich die Ueberzeugung verschaffen zu können, daß die Uebungen auch richtig von den Vereinsturnern eingelehrt wurden. Sonntag, 6. Mai: Malwande-

zung, verbunden mit Werbeturnen der Vereine, nicht aber Gruppen und Bezirke. Sonntag, den 13. Mai: Wahl der Kampfrichter, sowie deren Stellvertreter und Kampfrichterkurs, theoretischen und praktischen Unterricht (Merzettel 1—4). Juni, Juli und August: Bezirks-, Jugend-, Frauen-, Spiel- und Sportfeste. Die Kreisleitung ist sofort davon verständigt. Ende August: Kreisspielturs geplant. Im September: Kreisportturnerkurs.

Radsport. Frankreich liegt über Belgien. Zu Weihnachten fand in Paris ein Länderkampf Belgien—Frankreich statt. In der Distanzfahrt siegte der Franzose Richard über den Belgier Debonne. Im Rennen der Mannschaften siegte die Franzosen mit 28:32 Punkten. Das Rennen der Amateure gewannen gleichfalls die Franzosen, während nur im Rennen hinter Motorrädern der Belgier Linaer siegte. — Deutschland zum Radsportkongress eingeladen. Der Verband Deutscher Radsportbahnen und der Bund Deutscher Radsportler sind seitens der Union Cycliste Internationale zum nächsten Kongress am 3. Februar in Paris eingeladen worden. Die Wiederaufnahme Deutschlands in den Weltverband ist somit nur noch eine Formsache. („Pr. Pr.“)

Bereinsnachrichten.

Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag. Samstag, den 6. Jänner um 8 Uhr abends Zusammenkunft des Vergnügungskomitees im Kaffeehaus „Rizka“, bekannter Raum. 1850

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Prag II, Jägererode nam. Samstag, den 6. Jänner, 8 Uhr abends, Ausschusssitzung im Kaffeehaus „Rizka“, bekannter Raum. 1860

Mitteilungen aus dem Publikum.



Ich verrate kein Geheimnis,
wenn ich davon spreche, daß die bekannte **VISAN - MARGARINE** der besten Butter im Geschmack, in der Verwendbarkeit u. Ausgiebigkeit vollkommen **gleich,** dabei aber um die Hälfte billiger ist, als Butter. Sparsame Hausfrauen nehmen daher schon längst die feine Visan-Margarine an Stelle der teuren Naturbutter.

Infolge eines bedauerlichen Verfehens wurde in der Neujahrsgratulation die Veröffentlichung der Namen der beiden Genossen Franz Krassa und Arnold Mandelst übersehen. Wir holen dies hienit nach. 287/88

Erste Prager Krankenkassa der Handels- und Privatangestellten Prag V, Josefovská 11, übersiedelt in ihre neuen Lokalitäten Prag II, Jungmannova 29, aus welchem Grunde vom 5.—8. d. M. nicht amtiert wird. Ab 9. Jänner wird bereits in den neuen Lokalitäten amtiert, wo sich auch das Ambulatorium des Kontrollarztes befindet. 1388

Herausgeber: Dr. Ludwig Tschek und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Anglo-Elementar Versicherungs-Aktiengesellschaft in Wien.
Direktion für die tschechoslowakische Republik
empfiehlt sich zum Abschluß von **Feuer-, Unfall-, Transport- u. Pferde- u. Vieh-Versicherungen** zu kulanten Preisen. Volleingezahltes Aktienkapital 8 Millionen. Bargarantiemittel in der Republik 23 Millionen. 1047
BRENN REICHENBERG, Bahnhofsstraße Nr. 19.

Verbreitet die Arbeiterpresse.